

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire =  
Rivista storica svizzera

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

**Band:** 20 (1970)

**Heft:** 1/2

  

**Artikel:** Literatur zur Partei- und Sozialgeschichte

**Autor:** Gruner, Erich

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-80644>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 29.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## FORSCHUNGSBERICHTE BULLETINS CRITIQUES

### LITERATUR ZUR PARTEI- UND SOZIALGESCHICHTE

Von ERICH GRUNER

Das schweizerische und deutsche Schrifttum auf diesem Gebiet ist so reichhaltig geworden, daß sich der Rezensent gezwungen sieht, den Zeitabstand, in dem seine regelmäßigen Berichte erscheinen, etwas zu verringern. An die Spitze stellt er Neuerscheinungen zur *schweizerischen* Sozial- und Parteigeschichte. Dann geht er innerhalb der deutschen Literatur von den politischen zu den sozialgeschichtlichen Themen, an deren Schluß noch einmal die schweizerische Literatur berührt wird.

Kurz vor dem Ablauf der bisher streng gehandhabten Fünfzig-Jahr-Sperrfrist des Bundesarchivs sind eng nacheinander die beiden Darstellungen von Paul Schmid-Amman<sup>1</sup> und Willi Gautschi<sup>2</sup> über den *Landesstreik* von 1918 erschienen. Wie weit wird das legendenumrankte, bisher zum Teil bewußt entstellte Bild der schicksalsschweren Tage vom November 1918 durch die Einsichtnahme in die uns bisher so unbegreiflich lange vorenthaltenen Akten korrigiert? Wir stehen in dieser Beziehung in einer historiographisch sehr interessanten Situation. Einmal ist es ein und derselbe Autor, der dasselbe Thema *vor* und *nach* der Öffnung der bundesoffiziellen Quellen bearbeitet hat. Willi Gautschi hatte nämlich schon seine 1955 erschienene Zürcher Dissertation dem Thema «Das Oltener Aktionskomitee und der Landes-Generalstreik

---

<sup>1</sup> PAUL SCHMID-AMMANN, *Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918. Seine Ursachen, sein Verlauf, seine Folgen.* 440 S., Morgarten-Verlag, Zürich 1968.

<sup>2</sup> WILLI GAUTSCHI, *Der Landesstreik 1918.* 440 S., Benziger-Verlag, Zürich-Einsiedeln-Köln 1968.

von 1918» gewidmet. Auf der andern Seite gibt uns die Tatsache, daß gleichzeitig zwei Konkurrenzwerke erschienen sind, eine gewisse Gewähr dafür, daß nun wirklich die «Wahrheit» über den Generalstreik eruiert werden konnte, soweit sie überhaupt aus den vorhandenen Akten zu entnehmen ist.

Wer mit der Hoffnung an die Lektüre der beiden Neuerscheinungen herantritt, auf spektakuläre oder sensationelle Neuentdeckungen zu stoßen, wird sich enttäuscht sehen. Weder entpuppt sich der Landesstreik als bolschewistische, von Moskau gesteuerte Revolution, noch können gewisse, am Streik zentral beteiligte Personen wie Robert Grimm vollkommen vom Verdachte gereinigt werden, mindestens mit einem möglichen Umsturz geliebäugelt zu haben. Gautschi ging seinerzeit von der Frage aus, ob man es im Landesstreik mit einer von langer Hand vorbereiteten revolutionären Aktion zu tun habe oder nur um eine soziale Explosion. In dieser Beziehung ergeben beide neuen Werke durchaus keine neuen Aspekte. Sie verdeutlichen nur, daß das Oltener Aktionskomitee durchaus kein «soviet d'Olten» gewesen ist, wie große Kreise der öffentlichen Meinung damals glaubten, sondern ganz einfach das Gipfelorgan einer bisher sozial und politisch frustrierten Erwerbsgruppe, die gegen Kriegsende entdeckt, daß man mit dem Bundesrat dieselbe Pressure-Politik-Sprache reden muß wie Ernst Laur, wenn man den Milchpreis nicht ewig weiteransteigen lassen will. Unklar bleibt vorläufig die Rolle Robert Grimms. Die 1918 geäußerte Meinung Otto Langs, Grimm sei in der Hoffnung in den Generalstreik getreten, daß er revolutionär ende, kann weder widerlegt noch deutlicher belegt werden. Wir können uns nur auf die eigenen Aussagen Grimms stützen (Bürgerkriegsmemorial, Ansprachen im Nationalrat während des Landesstreiks und Aussagen am Landesstreikprozeß). Wenn Schmid-Ammann dabei betont, Grimm habe keinen gewaltsamen Umsturz geplant, dann geht er von einem etwas zu einseitigen Revolutionsbegriff aus. Wenn Grimm die Situation von 1918 mit der Berner Revolution von 1831 vergleicht, dann rechnet er offenbar doch mit einer Kapitulation des Bundesrates und der Möglichkeit einer Neuordnung der Dinge. In diesem Sinne ist das Postulat des Oltener Komitees von der «ungesäumten Umbildung der Landesregierung unter Anpassung an den vorhandenen Volkswillen» offenbar bewußt so zweideutig verfaßt worden, daß man sich darunter ebensosehr friedlich verlaufende Neuwahlen nach dem Proporz wie eine viel weitergehende, das heißt verfassungswidrige Umgestaltung der bestehenden Zustände vorstellen konnte.

Wir vermissen bei Gautschi – in einem geringeren Maße auch bei Schmid-Ammann – eine genauere Abklärung der vieldeutigen, schillernden *Massenstreikideologie*, eine minuziöse Analyse der verschiedenen Unterströmungen, die mit der Praxis des Massenstreiks verbunden sind (zum Beispiel anarchosyndikalistische Streiks in Rußland, Großbritannien und USA, Bewegung der «Workers of the World», Einflüsse der Theorien Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts etc.). Auch hätte Gautschi, wie ich es in meiner Rezension seiner Dissertation (Schw. Zs. f. Gesch. 1957, S. 374) seinerzeit vorschlug,

auf die reale Bedeutung des Generalstreiks in der Schweizer Sozialgeschichte vermehrt eingehen und vor allem die abweichenden Ansichten, die Grimm in der Massenstreikdebatte der Partei im Jahre 1913 äußerte, berücksichtigen müssen. Schließlich fehlt bei Gautschi eine grundlegende Klärung der für die Schweiz so typischen Wechselbeziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften, die sich nach der Meinung Grimms darin zeigen, daß die Gewerkschaften revolutionärer seien als die Partei. Dabei wäre auch hinzuweisen gewesen auf die bürgerkriegsähnlichen Streiks vor Ausbruch des Weltkrieges und die traditionelle scharfe Verurteilung der Streiks durch die öffentliche Meinung (Entstehung rechtsextremer «Bürgerparteien» in Basel und Zürich in der Form von Antistreikverbänden etc.). Schmid-Ammann mißt der Vorgeschichte des Landesstreiks im allgemeinen eine größere Bedeutung bei als Gautschi.

Man sieht also, auf der Seite des Oltener Aktionskomitees und der organisierten Arbeiterschaft gab es für die beiden Autoren recht wenig Gelegenheit, im neuerschlossenen Quellenmaterial neue Entdeckungen zu machen. Diese liegen, wie sich aus dem Charakter der erstmals zugänglichen Quellen fast selbstverständlich ergibt, in der *Analyse der bürgerlichen Haltung*, insbesondere derjenigen des Bundesrates und der Armeeführung. In einer eigenen rückblickenden Darstellung hatte Grimm seinerzeit behauptet, der Landesstreik sei durch Wille und Sprecher bewußt provoziert worden, und das Truppenaufgebot sei wiederum «die indirekte Wirkung der in Paris und Rom zurechtgemachten Daumenschrauben und des mangels einer kriegerischen Verwicklung um seine Lorbeeren betrogenen Generalstabs». Die erste These trifft zu, wenn man sie nach den neuen Erkenntnissen etwas differenzierter formuliert, die zweite nicht. Die beiden Autoren leisten mit ihrer Anatomie des sich gegenseitig steigernden Revolutionslärms zur Linken und der Revolutionspsychose zur Rechten einen wichtigen Beitrag zur Psychologie einer revolutionären Krisenstimmung mit allen ihren eingebildeten Ängsten und Befürchtungen. Gautschi geht dabei auf bezeichnende Details ein, die das Verhalten von Armeespitze und Bundesrat neu beleuchten sollen. Wir erwähnen zum Beispiel das schon 1917 gestörte Vertrauensverhältnis zwischen General und Bundesrat, den Versuch, Wille wegen fortgeschrittener Arteriosklerose zum Rücktritt zu bewegen, die entscheidenden Besprechungen Willes mit den durch den Bankbeamtenstreik aufgeschreckten Zürcher Bankherren, deren schriftlicher Niederschlag mysteriöserweise seit kurzer Zeit im Nachlaß Wille fehlt, die von Wille veranlaßte Dislozierung eines in Zürich stehenden Bataillons, um vom Bundesrat das geforderte Aufgebot der vier Regimenter und Brigaden zu ertrotzen. Schmid-Ammann beleuchtet demgegenüber mehr den militaristischen Geist, um den zunehmenden Antimilitarismus in der Arbeiterschaft verständlich zu machen. In einem Artikel der NZZ weist er übrigens nach, daß Gautschi die 1917 gegen Wille eingeleitete Abberufungskampagne infolge ungenauer Interpretation des Bundesratsprotokolls mißdeute. Ferner zweifelt er die These Gautschis an, daß Wille mit der Dislozierung der Truppen den Bundesrat habe erpressen, und daß er mit dem

neuen Aufgebot von Truppen die Arbeiterschaft habe provozieren wollen. Vielmehr habe er damit dem Generalstreik zuvorkommen wollen<sup>3</sup>.

Die Frage scheint müßig, ob sich für die Abklärung des umstrittenen Tatbestandes Landesstreik eine Doppelbehandlung gelohnt habe, nachdem die beiden Werke nun einmal da sind. Denn in den Grundlinien kommen die beiden Autoren zu den gleichen Resultaten, ganz einfach deshalb, weil über das, was man Neues über den Landesstreik sagen kann, die Quellen keine diametral voneinander abweichenden Interpretationen zulassen, abgesehen von den erwähnten Interpretationsdivergenzen. So wäre es beispielsweise Gautschi unmöglich gefallen, zu der im Auftrag des *Gewerkschaftsbundes* verfaßten Geschichte von Schmid-Ammann gleichsam ein aus bürgerlicher Sicht gesehenes Gegenbild zu verfassen. In dieser Hinsicht hat sich der Doppelaufwand nicht gelohnt. Doch sind die beiden Werke so stark individuell durch die *Autorenpersönlichkeiten* geprägt, daß sie sich in mancher Beziehung fruchtbar ergänzen. Ohne unwissenschaftlich zu sein, versteht es Schmid-Ammann, auch dem einfachen Leser ein plastisches Bild des von ihm bewußt dramatisch gestalteten Ablaufs zu geben. Zu diesem Zwecke meißeilt er – entschiedener als Gautschi – die gegnerischen Positionen mit mehr Nachdruck heraus und vermittelt ausgezeichnet die Atmosphäre des sich verschärfenden Klassenkrieges. Gautschi legt demgegenüber mehr Wert auf die Quellenanalyse und Quellenkritik. Er geht den bezeichnenden Einzelheiten nach, wenn sie das Ganze neu beleuchten. Darunter leidet etwas der Duktus des Ablaufs und vor allem die Einsicht in dessen gegenseitige Verzahnung, so etwa wenn die Maßnahmen von Armeeleitung und Bundesrat im Oktober und Anfang November eingehend erörtert werden, obschon der Leser noch keine Kenntnis vom sie veranlassenden Bankbeamtenstreik besitzt. Gautschis Werk zeichnet sich durch zahlreiche Reproduktionen, ein Personen- und Sachregister aus, während Schmid-Ammann in dieser Beziehung weniger gut ausgestattet ist.

Was wir bei der Interpretation der Haltung Robert Grimms vermissen, nämlich die Möglichkeit, sein Innenleben bis auf den Grund kennen zu lernen, das wird uns bei einem andern führenden Sozialdemokraten, *Charles Naine*, dank der ausgezeichneten Dissertation von Rudolf Martin Högger ermöglicht<sup>4</sup>. Das liegt freilich vorwiegend in der ganz verschiedenartigen Persönlichkeitsstruktur der beiden Politiker begründet. Grimm ist ehrgeiziger Taktiker, der seine Geheimnisse nie preisgibt, Naine ein Idealist, der um die Verbesserung der Welt ringt, ein Menschenfreund, der unter der Not seiner Umgebung leidet, aber gleichzeitig auch ein selbstkritischer Mensch, der mit sich selbst ins Gericht geht und darum auch tiefgreifende geistig-seelische Wandlungen durchmacht. Es ist das Verdienst Höggers, dem geistigen Werdegang dieses einzigartigen Mannes minutiös nachgespürt und ihn auf

<sup>3</sup> NZZ 672, 30. Oktober 1968 und NZZ 223, 17. Mai 1970.

<sup>4</sup> R. M. HÖGGER, *Charles Naine 1874–1926. Eine politische Biographie*. 235 S., Juris-Verlag, Zürich 1966.

alle möglichen Einflüsse vom bekannten Pfarrer Pettavel aus La Chaux-de-Fonds über Gide und Marx bis zu Bernstein und Kautsky, Jaurès und Lenin geprüft zu haben. Eine solche Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn ein Autor über zuverlässige Kenntnisse der gesamten Geschichte des Sozialismus und Kommunismus verfügt, was erfreulicherweise, abgesehen von Kleinigkeiten, bei Högger der Fall ist. So darf man weder Steck noch Greulich als Marxisten bezeichnen. Ferner wäre besser zwischen Kautskys orthodoxem Marxismus und dem den damaligen Sozialdemokraten kaum bekannten Urmarx zu unterscheiden.

Wer Naines Persönlichkeit erfassen will, muß aber auch genaue Kenntnisse der kirchlichen und freikirchlichen Strömungen der Westschweiz, des Anarchismus, Syndikalismus und Antimilitarismus besitzen. Högger geht in sehr subtiler Weise auf die frühen, freilich nicht sehr tiefreichenden christlichen Wurzeln von Naines Gesellschaftskritik ein (Pettavel, Charles Secrétan, Kutter usw.). Einzig die Massenstreikideologie wird von Högger nicht in ihrer Vieldeutigkeit erfaßt. Dagegen wird nun sehr überzeugend nachgewiesen, wie diese frühen Eindrücke in Naine eine Art seelische Schutzmauer gegen ein brutales Gewaltdenken bilden, die verhindert, daß Naine zum kritiklosen Anbeter des ihm zeitweise nahestehenden Lenin wird. Sie befähigt ihn später, die Theorie der Diktatur des Proletariates abzulehnen. Man fragt sich freilich, ob der von Naine an seinem Lebensende vertretene *Solidarismus* nicht auf gewisse französische Vorbilder zurückzuführen wäre, die sich auch bei andern Romands, zum Beispiel bei Georges Favon, bemerkbar machen. Begrüßenswert ist es auch, daß Högger Naine in seiner Rolle als *politischer Führer* charakterisiert, und zwar sowohl als Schöpfer der Neuenburger Sozialdemokratie wie auch als Erneuerer des Waadtländer Sozialismus.

Haben die genannten Autoren ihr Ziel, die Sozial- und Parteigeschichte des Ersten Weltkriegs zu erhellen, mit Erfolg erreicht, so zeigt sich bei der Lektüre von *Christian Grubers* Werk «*Die politischen Parteien der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*»<sup>5</sup>, daß der Zugang zu den innenpolitischen Verhältnissen im Zweiten Weltkrieg heute noch mit recht vielen Schwierigkeiten verknüpft ist. Gruber leistet Pionierdienste und hat deshalb mit dem Problem zu kämpfen, wie die bis jetzt überhaupt noch nie verarbeiteten parteigeschichtlichen Stoffmassen gegliedert und vereinfacht werden können. Grubers Quellenbasis ist, wie das Literaturverzeichnis zeigt, erstaunlich breit. Dem Autor ist mancher bemerkenswerte Fund geglückt. Doch zeigt es sich, daß das Thema der Parteien heute allein vom Standpunkt der beschreibenden Historie aus nicht voll befriedigend behandelt werden kann. So müßten Probleme der Programmatik, der Parteiverfassung und Willensbildung, der Mitgliedschaft und Anhängerschaft, der Finanzierung und Organisierung von Wahlen besser auseinandergehalten werden. Bei Gruber überwiegt eindeutig das Element der *Programmatik*. Innerhalb dieses Zweiges der Parteilorschung läßt Gruber

---

<sup>5</sup> 267 S., Europaverlag, Wien-Frankfurt-Zürich 1966.

den Parteipolitiker meines Erachtens allzu einseitig als Redner zur Sprache kommen, manchmal so sehr, daß die Darstellung nicht mehr eindeutig von einer Quellensammlung zu unterscheiden ist. Sobald in solchen Reden wirklich die entscheidende Aussage zum Standort einer Partei zum Ausdruck kommt (zum Beispiel in Bretschers Bekenntnis zum Freisinn als einer Staatspartei), sind sie auch in einer Darstellung durchaus am Platze. Sobald sie sich aber in Äußerungen zur Tagespolitik erschöpfen, fehlt die Resonanz. Es wäre in solchen Fällen nötig gewesen, die Politik einer bestimmten Partei besser von ihren Nachbarparteien zur Linken oder Rechten abzugrenzen und die damals befolgte Tagespolitik mit den historisch bedingten Eigenarten der verschiedenen Parteien in Zusammenhang zu bringen. Wir möchten jedoch durchaus anerkennen, daß der Autor in seiner Eigenschaft als Historiker soweit gegangen ist, als ihm dies die rein historische Methode erlaubte.

Die Bedeutung der Rede in der schweizerischen Politik steht im Mittelpunkt des Werkes «*Rudolf Minger spricht*»<sup>6</sup>. Minger hat 234 Reden hinterlassen! Der Biograph Mingers, Hermann Wahlen, der 24 von diesen im oben genannten Werk herausgegeben hat, führt sie am Schluß seiner Ausgabe vollständig auf. Keine leichte Aufgabe, aus dieser Masse die bezeichnendsten auszulesen. Man wird mit dem Autor im einzelnen darüber rechten können, ob nicht die eine oder andere Schattierung übersehen worden ist. Wahlen selbst unterscheidet vier wesentliche Gruppen: Reden, die sich mit der BGB-Partei-gründung befassen; politische Reden, die Minger als Nationalrat 1919–1929 gehalten hat; Reden, die sich mit der Armee befassen (1930–1940); Reden, die im Ruhestand gehalten worden sind. Der Herausgeber bemüht sich, auch die persönliche Seite zu Worte kommen zu lassen, zum Beispiel durch Wiedergabe einer Plauderei vor dem bernischen Historischen Verein. Die besondere Schwierigkeit der Auswahl bestand darin, Wiederholungen aus dem Weg zu gehen, was nicht immer gelungen ist («Volk und Armee» 1930 und «Landsgemeinde» in Windisch 1933). – Liest man die Reden, ohne sich dabei die Person des Verstorbenen in Erinnerung zu rufen, so mag sich fragen, worin der besondere Ruhm des Redners Minger begründet lag. Manche der Reden wirken in der schriftlich fixierten Form trocken, ja langfädig, zum Beispiel die über 20 Seiten lange Rede zum Jubiläum der BGB von 1938. Der Herausgeber betrachtet seinen Band als Ergänzung zu der von ihm früher verfaßten Biographie. Darum hat er wohl eine Kommentierung unterlassen. Trotzdem hätten die Reden einer viel genaueren Erläuterung bedurft, damit sie späteren Generationen voll verständlich bleiben. Wenn der Herausgeber selbst die Rede in der Mustermesse (1935) als umstritten bezeichnet, so hätte zum Beispiel die damalige parteipolitische Situation etwas genauer umrissen werden müssen; desgleichen hätte man die politische Ambiance der Landsgemeinde von Windisch in einer kürzeren Einleitung wieder erstehen lassen sollen.

---

<sup>6</sup> 24 Reden, ausgewählt und eingeleitet von HERMANN WAHLEN, 264 S., Francke-Verlag, Bern 1967.

Einem Zeitgenossen Mingers, dem Solothurner Regierungs- und Ständerat *Robert Schöpfer*, widmet *Hans Sigrist* zum 25. Todestag eine biographische Würdigung<sup>7</sup>. Man freut sich, die verschiedenen Etappen im Leben dieses Vollblutpolitikers zu verfolgen, seinen frühen Eintritt in die Politik als Hilfsstenograph bei den Kantonsratsverhandlungen, seine Rolle als Reorganisator des Solothurner Freisinns, seine Kunst, dieser Partei mit Hilfe einer militärisch anmutenden Parteiorganisation und Parteidisziplin («Division Schöpfer») die absolute Mehrheit im Kantonsrat zu erhalten und die inneren Spannungen innerhalb der Partei auszugleichen (Jungfreisinn, gewerblicher und bäuerlicher Flügel) und schließlich seinen Sturz als Solothurner Regierungsrat vermittels des Volksbegehrens betreffend Unvereinbarkeit von Regierungsratsamt und Verwaltungsratsmandaten. Sigrist konnte sich unter anderem auf den ganzen Nachlaß Schöpfers stützen. Um so mehr bedauert man es, daß er uns, so will uns scheinen, keinen gar zu großen Einblick in diesen gibt, weder durch ein Nachlaßverzeichnis noch durch Quellenhinweise. Ob er ihn nicht voll ausschöpfen durfte oder wollte? Hätte eine konsequente Ausschöpfung dieser und anderer privater Quellen nicht genaueren Aufschluß über die Eigenarten des von Sigrist selbst als einzigartig bezeichneten Parteiapparates oder die so dringend erwünschten Abklärungen des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft bei Schöpfer (umstrittene Verwaltungsratsmandate!) erbracht? Hätte man nicht mehr von der rettenden Tätigkeit Schöpfers als freisinniger Parteipräsident in der Zerfallsperiode der Nachkriegszeit vernehmen können?

Parteigeschichte im 19. Jahrhundert muß, da kontinuierliche Parteiorganisationen in der Regel fehlen, weitgehend aus der Entwicklung der *Wahlen* und der *Presse* rekonstruiert werden. Die von *Regula Renschler-Steiner* vorgelegte Dissertation über die Zürcher Linkspresse im 19. Jahrhundert<sup>8</sup> erfüllt die Ansprüche, die man an eine parteimäßig ausgerichtete Pressegeschichte stellt, durchaus. Wie der Untertitel zeigt, ist Linkspresse im 19. Jahrhundert als Begriff noch wandelbarer als im 20. Jahrhundert. Angefangen bei den Unitariern der Helvetik, lösen einander in der Reihenfolge Frühliberale, Radikale, Liberal-Radikale, Sozialisten (beide Begriffe sind meines Erachtens zu wenig scharf), Demokraten und Sozialdemokraten ab. Auch die NZZ muß folglich einmal als Linkspresse gewürdigt werden. Frau Renschler verbindet im allgemeinen geschickt die parteipolitische Parallelentwicklung mit der Geschichte der einzelnen Organe. Im Bereiche der frühsozialistischen und sozialdemokratischen Partei bleibt sie jedoch, entsprechend der veralteten Literatur, auf die sie sich stützen muß, teilweise in den überlieferten konventionellen Vorstellungen befangen. Doch ist sie kritisch genug, dort, wo sie die Möglichkeit besitzt, auch lange kolportierte Irrtümer zu beseitigen (zum Bei-

<sup>7</sup> 103 S., Vogt-Schild AG, Solothurn 1966.

<sup>8</sup> *Die Linkspresse Zürichs im 19. Jahrhundert*, Diss. phil. I, Zürich, 295 S., Europa-Verlag, Zürich 1967.



spiel bezüglich «Arbeiterfreund» und «Arbeiter-Zeitung» in Zürich um 1870). – Man kann die Presse von verschiedenen Seiten her beurteilen, vom Drucktechnischen, von der allgemeinen Ausstattung, vom Verlagswesen, von der Auflagenhöhe, von der Preisgestaltung, von der Leserschaft, vom Inhaltlichen und von der politischen Wirkung her. Neben einigen Faksimile-Wiedergaben und Feuilletonproben überwiegt jedoch die qualitative, manchmal etwas zufällige Inhaltsanalyse. Das Hauptgewicht liegt auf der Bestimmung der politischen Richtung. Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Verfasserin eine Synopse der Auflagenzahlen, der Abonnementspreise und Verlagshäuser gebracht hätte, ähnlich wie dies H. G. Keller für die Verlagshäuser von 1840 ff. und Carl Weber für die Schweizer Presse von 1848 tut.

Zum fünfzigjährigen Bestehen der Schweizerischen Politischen Korrespondenz (spk) gibt deren Direktor, *Josef Jäger*, in begrüßenswerter Weise eine gehaltvolle Broschüre «*Das Bild der Schweizer Presse*» heraus<sup>9</sup>. Den Historiker interessiert vor allem der erste Teil, der «Struktur und Fundament der Schweizer Presse» behandelt, während die Teile II–IV mehr pressepolitischen Themen gewidmet sind, dem schlechten Start in die technische Revolution, das heißt der mangelhaften Anpassung an die der Kleinpresse gebotenen technischen Hilfen und der fehlenden Zusammenfassung der Kräfte bei Aufrechterhaltung der individuellen Verlagsunternehmungen (Rationalisierung durch gemeinsamen Druck, durch Gemeinschaftsredaktionen etc.). Jäger würdigt die Vielgliedrigkeit der Schweizer Presse vor allem im Hinblick auf ihre Funktion in der direkten Demokratie und im föderalistischen Staat. Wesentlich für den Historiker ist die Aufgliederung nach Zeitungs-dichte, Auflagenhöhe und Parteien. Der Autor muß sich dabei wie alle, die über diese Fragen schreiben, auf den von den Annoncen Expeditionen herausgegebenen Zeitungskatalog stützen. Hier liegt nun die eigentliche Crux derartiger Untersuchungen. Die Qualifikation nach parteimäßigen Richtungen ist seit Jahren, ja Jahrzehnten nicht überprüft worden. So rangiert die National-Zeitung immer noch unter den freisinnigen Organen, und die Qualifikation «bürgerlich» oder «neutral» ist sehr willkürlich. Die schweizerische Pressewissenschaft sollte sich schleunigst daran machen, diese Qualifikationen einmal zu überprüfen, damit man für künftige Untersuchungen eine solidere Basis besäße.

\* \* \*

Unsern Überblick über die *nichtschweizerische Literatur* beginnen wir mit Werken politischer Art. An historischen Darstellungen über die *deutschen Parteien* ist kein Mangel. Und trotzdem werden immer wieder neue verfaßt, obschon die große klassische Darstellung von Ludwig Bergsträßer keineswegs vergriffen, sondern von Wilhelm Mommsen neu herausgegeben worden ist.

---

<sup>9</sup> J. J., *Das Bild der Schweizer Presse, gestern – heute – morgen*, 134 S., P. Haupt, Bern 1967.

Seither sind die Werke von Helga Grebing, Günter Olzog und Wolfgang Treue erschienen, und außerdem ist Sigmund Neumanns klassisch gewordene Darstellung von 1932 neu aufgelegt worden. Und nun veröffentlicht *Walter Tormin*, der sich mit seiner Studie über die Rätebewegung in der deutschen Revolution von 1918 einen Namen gemacht hat, noch einmal ein weiteres Werk<sup>10</sup>. Er begründet dies damit, daß Bergsträubers Werk sich auf eine Geschichte der politischen Ideen und des Parlaments beschränkte, und daß es heute gelte, auch die Organisation, die Institutionen und die Willensbildung, ferner die Mitgliederzahlen und die gesellschaftliche Tätigkeit der Parteien zu erfassen. So habe er zum Beispiel versucht, die von *Thomas Nipperday* herausgearbeiteten Erkenntnisse über die Organisationsstruktur der Parteien zu verarbeiten.

Dieses Ziel wird nur teilweise erreicht, indem der Autor sich im allgemeinen an die Bergsträubersche Methode recht eng anlehnt und die von ihm angedeuteten neuen Dimensionen und Betrachtungsweisen zu wenig berücksichtigt. So kommt er kaum über das schon bisher bekannte Bild der deutschen Parteien hinaus. Man vermißt vor allem die Verarbeitung wichtiger Erkenntnisse der neuesten Literatur, etwa von Morgan zur Sozialdemokratie 1864–1872, von Tjaden zur kommunistischen Parteiopposition, der neueren «Marxismusstudien», von Morsey über das deutsche Zentrum, von Bertram über die Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1912, von Dübber über Parteifinanzierung, von Faul über die Wahlen von 1961, von Berth über Wähler- und Verbraucherbeeinflussung, von Lohmar über die innerparteiliche Demokratie etc., und somit auch die Behandlung entsprechender Fragestellungen. Das Werk stellt trotz dieser Lücken ein gutes Orientierungsmittel dar. Aber an solchen war eigentlich kein Mangel, dagegen an Büchern, die das erfüllen, was Tormin sich zum Ziele setzt.

*Rudolf Morsey*, der schon durch seine Analyse der Zentrums-Politik in der Endphase der Weimarer Republik (in: «Das Ende der deutschen Parteien») bekannt geworden war, legt nun eine eingehende, oft fast zu eingehende Studie «*Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*» vor<sup>11</sup>. Die Geschichte des Zentrums weist in dieser Zeitspanne gewisse Parallelen mit der konservativen Volkspartei der Schweiz auf, da auch diese am Ende des Krieges mehr in die Regierungsverantwortung hineinwächst, nachdem der Freisinn seine parlamentarische Mehrheitsstellung verloren hatte. Das Zentrum, das im Kaiserreich eine parlamentarische Schlüsselstellung eingenommen hatte, wird mit dem Beginn der Weimarer Republik mitten in die Regierungsverantwortung hineingestellt und wird zum unentbehrlichen Koalitionspartner der die Republik stützenden Parteien. Morsey fragt in seiner breiten Darstellung zunächst nach dem Anteil, den das Zentrum bei der Begründung der Republik und

---

<sup>10</sup> *Geschichte der deutschen Parteien seit 1848*, 304 S., Paperback, Kohlhammer, Stuttgart 1966.

<sup>11</sup> *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Band 32, Droste-Verlag, Düsseldorf 1966, 651 S.

an der Reichspolitik in den bewegten Jahren bis 1923 besessen habe. Er befaßt sich also in erster Linie mit dem politischen Kräftespiel und leistet damit einen Beitrag zur «histoire événementielle» der Weimarer Republik. Die Frage, wie sich die neue Stellung der Partei auf die ideelle und soziale Basis der Partei ausgewirkt habe, wird meines Erachtens zu wenig herausgestellt. Das ausgezeichnete Kapitel «Die Last der Tradition», in dem über Führer- und Organisationsprobleme gehandelt wird, hätte etwas ausgeweitet und dafür das Ereignismäßige zurücktreten dürfen. Es wäre dann möglich gewesen, die Parteianalyse auf den ganzen Weimarer Zeitraum auszudehnen und die eingangs erwähnten Resultate mit einzubeziehen. Von Interesse für die schweizerische Parteigeschichte ist die Tatsache, daß das Zentrum 1919 mit einem gewissen Erfolg versucht, die Standesorganisationen (Bauern, Arbeiter, Mittelstand) in die Parteiorganisation einzugliedern, was 1921 auch die schweizerische konservative Volkspartei übernimmt. Im übrigen gehen die Wege des schweizerischen und des deutschen Katholizismus weit auseinander, da die Regierungsverantwortung für das Zentrum eher eine Last als einen Vorzug bedeutet. So verschärft sich zum Beispiel der Gegensatz zum sozialdemokratischen Koalitionspartner. Die Tätigkeit Erzbergers, an dem die «Schmach von Versailles» haftet, entfremdet die nationalen Zentrumskreise der Parteileitung usw. In alle diese internen Spannungen und ihren Zusammenhang mit den innen- und außenpolitischen Ereignissen gibt das Buch einen ausgezeichneten Einblick. Es vertieft und ergänzt damit die neunbändige Zentrums-geschichte von Karl Bachem, die den Zeitraum nach 1914 nur noch überblicksweise behandelt.

In einer Sammlung, die mit derjenigen parallel läuft, in der Morseys Werk erschienen ist, geben *Werner Conze* und *Erich Mathias* die *Protokolle der sozialdemokratischen Parteitagfrac-tion* in zwei gewichtigen Bänden heraus<sup>12</sup>. Diese mustergültige Edition, reich und zuverlässig kommentiert, entstand mit Hilfe Werner Blumenbergs vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. Die Erwartung der Leser mag vorerst etwas enttäuscht werden, wenn er vernimmt, daß es sich, wenigstens für die Zeit von 1898 bis 1914, nur um Beschlußprotokolle handelt, die recht ledern anmuten und auf den ersten Blick nicht aussagekräftig sind. Die Herausgeber und Bearbeiter haben dieses Manko durch eine zweihundertseitige Einleitung reichlich wettgemacht; sie deckt wertvolle, bisher schmerzlich vermißte Aspekte der Geschichte der SPD auf: Die Kandidatenaufstellung, die für das deutsche Majorz-Wahlverfahren bezeichnende Stichwahlpraxis, die Sozialstruktur der Fraktion, die Präsenz der Fraktionsmitglieder, die Frage der Diäten, die Organe und die Willensbildung der Fraktion, die parlamentarische Taktik usw. Dabei werden im Zusammenhang mit den Protokollanmerkungen man-

---

<sup>12</sup> *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918*, bearbeitet von ERICH MATHIAS und EBERHARD PIKART, 2 Bände, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bände 3/I, CCXI und 317 S., und 3/II, XVI und 600 S., Droste-Verlag, Düsseldorf 1966.

che Fragen für eine tiefere Abklärung erst recht reif. Ich denke an die Auswirkungen der bis 1906 aufrechterhaltenen Diätenlosigkeit (Einfluß auf die Kandidatenauswahl, Benachteiligung der entfernt wohnenden Reichstagsabgeordneten usw.). In diesem Zusammenhang diskutieren die Bearbeiter auch die für die Sozialdemokratie zentrale Frage nach dem Einfluß der Parteileitung auf die Kandidatenauswahl und damit auf die Sozialstruktur sowie das Problem der proletarischen Repräsentanz. Sie widerlegen hier etwa die einseitige Meinung Peter Molts von der Vormachtstellung der Parteileitung.

Die *Protokolle der Kriegszeit* sind so reichhaltig und widerspiegeln das dramatische Parteigeschehen so gut, daß die Bearbeiter sich auf einen ausführlichen Kommentar beschränkt und auf eine besondere Einleitung verzichtet haben. Die Protokolle geben zum Beispiel Einblick in die heute umstrittene Kriegszieldiskussion und zeigen, daß die SPD es unterlassen hat, in der Kriegszielpolitik entsprechend ihren Grundsätzen auf die Regierung einzuwirken. Die Protokolle machen noch offensichtlicher, was man schon wußte: Die Sozialdemokratie dachte *national* und konnte sich darin auf ihre geistigen Väter – sogar auf *Marx!* – stützen, die schon 1870 anläßlich des Deutsch-französischen Krieges auf das «Recht der höheren Kultur» (sc. der deutschen!) verwiesen und damit für beliebige Kriege eine Art sozialdemokratisches Alibi geschaffen hatten. Aber nicht nur daraus geht hervor, wie sehr die Sozialdemokratie im nationalen Staat – freilich oft mit negativem Vorzeichen – verwurzelt war: dasselbe spiegelt sich auch in den Fraktions-sitzungen vom Oktober und November 1918 wider: man will jeden Bruch mit den geschichtlichen Formen des Reiches vermeiden. Man weiß mit der vor der Türe stehenden Revolution nichts anzufangen! Alles in allem: diese Parteitagprotokolle vermitteln Einsichten in einen uns bisher weitgehend verschlossenen Aspekt des *parlamentarischen Lebens*. Man wird die parlamentarischen Debatten mit andern Augen lesen, wenn man die entsprechende Fraktionsvorbereitung kennt.

Besonders wertvoll für die Wissenschaft ist es, dass wir nun auch Protokolle der «Gegenseite» zur Verfügung haben (Nationalliberale Partei), und daß demnächst auch solche der Zentrumsfraktion bis 1933 ediert werden sollen. Man hofft nur, daß dieses Beispiel auch in der Schweiz Schule machen werde! *Klaus-Peter Reiß* gibt die Sitzungsprotokolle des *national-liberalen Zentralvorstandes von 1912 bis 1917* heraus<sup>13</sup>. Im wesentlichen handelt es sich um drei (1913, 1916, 1917); sie besitzen indessen einen historischen Sonderwert, da die Verhandlungen stenographisch aufgenommen worden sind. Die fehlenden Protokolle (1912 und 1915) sind durch private Aufzeichnungen und Presseberichterstattungen so rekonstruiert worden, dass die Kontinuität der Parteientwicklung quellenmäßig für den ganzen Zeitraum von 1912 bis 1917 widergespiegelt wird. Die Protokolle sind in gewissen Teilen, die unerheblichen Gegenständen gewidmet sind, in der Form von Regesten wiedergegeben. Auch

<sup>13</sup> *Von Bassermann zu Stresemann...*, Band 5 der Reihe: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 463 S., Droste-Verlag, Düsseldorf 1967.

dieser Band wird durch eine sehr wertvolle parteigeschichtliche Einführung eröffnet, die es erlaubt, zentrale Fragen des inneren Lebens der Parteien abzuklären, so die Stellung des Zentralvorstandes in der Willensbildung der Partei (Verhältnis zu Ausschuß und Fraktion), die soziale Struktur der Parteileitung, die inneren Divergenzen und ihre Beilegung usw. Die Protokolle sind als Quelle insofern einzigartig, als uns die freimütigen, im vertraulichen Kreise geäußerten Meinungen Rückschlüsse auf die Mentalität rechtsliberaler Kreise in der Innen- und Außenpolitik jener Jahre erlauben, zum Beispiel bezüglich der Weltstellung Deutschlands oder auch der Einstellung zur monarchischen Staatsform. Schließlich wird auch der innerparteiliche Entscheidungsprozeß einer typischen Honorationen evident, was instruktive Vergleiche mit der SPD erlaubt. Das Seite 112 rezensierte Werk Kälbles, in dem unter anderem auch das Verhältnis des wichtigsten industriellen Spitzenverbandes zur nationalliberalen Partei diskutiert wird, dürfte, gestützt auf die Diskussionen von 1913, in gewissen Punkten retouchiert werden. Was die Rolle des Zentralvorstandes als Führungsorgan betrifft, so kommt der Autor zum Schluß, daß in diesem Gremium selten praktische Entscheidungen gefällt worden seien, daß aber sein Einfluß auf die Willensrichtung der Partei nicht zu unterschätzen sei<sup>14</sup>.

*Ernst Fraenkel* gibt in einem Sammelband «*Deutschland und die westlichen Demokratien*»<sup>15</sup> verschiedene Aufsätze heraus, von denen die meisten von historischen Fragestellungen ausgehen. Fraenkels Abhandlungen kreisen um die beiden großen Themata des Parlamentarismus und der politischen Willensbildung. Im Mittelpunkt des ersten Themakomplexes steht die Frage, weshalb die *parlamentarische Staatsform* sich in Deutschland so mühsam entwickelt habe. Der Titel des Sammelbandes ist insofern täuschend, als Fraenkel die deutsche nicht den westlichen Demokratien entgegenstellt, sondern sie im Zwiespalt zwischen der angelsächsischen und der französischen Form erblickt. Dabei besteht für Fraenkel das große Mißverständnis bei den Deutschen darin, daß diese dazu neigen, Demokratie mit jakobinischer Vulgärdemokratie zu identifizieren und darum immer nur etwas Dekadentes in ihr erblicken können. Dieselbe Gegensätzlichkeit ergibt sich auch in der Gegenüberstellung zwischen deutscher und angelsächsischer Auffassung der *öffentlichen Meinung*. Fraenkel räumt mit manchem Clichébild auf und erlaubt uns neue Einblicke in die Verschiedenheiten von Parlament und öffentlicher Meinung zwischen Großbritannien und den USA, insbesondere im Zusammenhang mit dem Parteiensystem. Bewundernswert sind die einprägsamen antithetischen Formulierungen, zum Beispiel der Unterschied zwischen «arbeitender» und «redender» Legislative (USA und Großbritannien) oder zwischen der Legislative als «Gegenspieler des Staatshaupts» und als seinem

---

<sup>14</sup> Die pressegeschichtliche Publikation von Rolf Engelsing wird, da sie mehr sozial- als parteigeschichtlichen Fragen gewidmet ist, unten S. 121 im Rahmen der sozialgeschichtlichen Literatur besprochen.

<sup>15</sup> 2., durchgesehene Auflage, Kohlhammer, Stuttgart etc. o.J., 205 S.

«Machtinstrument». Typisch dafür etwa die schwache Stellung, die der amerikanische Präsident in seiner eigenen Partei hat, im Gegensatz zur fast diktatorischen Machtfülle des britischen Premierministers.

Hinter der «*Politischen Verhaltenslehre*» von *Thomas Ellwein*<sup>16</sup> verbirgt sich kein Produkt des Behaviorismus, wie man nach dem Titel befürchten könnte. Ellweins ausgezeichnetes Buch gehört vielmehr zur Gattung der Staatsbürgerkunde, freilich nicht zur Dutzendware, die man auf diesem Gebiet so oft antrifft. Ellwein führt mit dem Leser, das heißt mit dem aktiven oder potentiellen Staatsbürger, ein Gespräch über sein mögliches Verhalten in der Demokratie, wobei der Begriff Verhalten etwas mißverständlich sein kann. Geht es doch bei Ellwein viel mehr um die *Grundeinstellung* und das sich daraus ergebende Verhalten in ganz konkreten politischen Situationen (vom Umgang mit Parlament und Regierung, Möglichkeiten im Umgang mit der Verwaltung, wie man sich Rechtsschutz verschafft etc.). Ellwein stellt zunächst alle die besorgten und zum Teil auch zynischen Fragen, die je und je und heute wieder in besonderer Form der Demokratie gegenüber erhoben werden und versucht, dem Bürger zu zeigen, welche Möglichkeiten der Einflußnahme und Teilnahme ihm offen stehen. Es ist ein Gespräch, das die Schattenseiten der Demokratie freimütig in Rechnung stellt. Vielleicht werden sie etwas zu wenig schwer gewichtet und darum denn auch hie und da etwas zu idealistisch widerlegt. Das Ziel des Verfassers ist es, die politische Resignation auf jeden Fall zu bekämpfen.

Die große Kunst Ellweins besteht darin, daß er in diesem Gespräch mit dem Bürger, den er zum *Homo politicus* erziehen möchte, geschickt Sachaufklärung und *Sachwissen* einfließen läßt (zum Beispiel: Was ist öffentliche Meinung, wenn er nach dem Anteil des einzelnen in der Bildung seiner eigenen Meinung fragt; was ist und wie funktioniert eine Partei, wenn er fragt, ob es sich lohne, einer Partei beizutreten, und welchen Einfluß der einfache Parteisoldat ausübe usw.). Man kann sich fragen, ob nicht Vergleiche mit nicht-deutschen Staaten das Buch bereichert hätten, und ob die Anlage des Werkes, die erstmals 1964 konzipiert wurde, in der Fragestellung und Auseinandersetzung sich nicht der heutigen Situation noch besser anpassen sollte (Entrümpelung der Schlagwortrequisiten der sogenannten außerparlamentarischen Opposition).

*Anthony Downs* versucht in seinem Werk «*Ökonomische Theorie der Demokratie*»<sup>17</sup>, das 1966 in englischer Sprache erschienen ist, eine Theorie des politischen Handelns aufzubauen, welche Prognosen ermöglichen soll. An die Stelle des *Homo oeconomicus* tritt der *Homo politicus*, in einer Verkleidung, welche den Historiker auf den ersten Blick befremden mag. Denn dieser *Homo politicus*, der «rationale Mensch», versucht, seine Ziele auf die Weise zu erreichen, daß er für jede Einheit des

---

<sup>16</sup> 5., neubearbeitete Auflage, 232 S., Kohlhammer, Stuttgart etc. 1967.

<sup>17</sup> Hg. von RUDOLF WILDENMANN, J. C. B. Mohr, Tübingen 1968, 303 S.

Wertes, den er erwartet oder der ihm versprochen wird, den kleinstmöglichen Aufwand an knappen Mitteln einzusetzen bereit ist. Der «rationale Mensch» handelt also nach dem ökonomischen Prinzip. Die Parteien erscheinen nicht etwa als Verfechter einer historisch gewachsenen Vorstellung über die ideale Gesellschaft – sie sind Gruppen von Menschen, welche sich zusammengeschlossen haben, um ihre privaten Ziele zu erreichen. Über die privaten Ziele besteht Konsens, weil alle rational nach dem Eigennutz-Axiom handeln. Der Bürger wählt rational, das heißt jene Partei, welche ihm die größten Ströme von Nutzen zu bringen scheint.

Es ist in dieser Rezension unmöglich, die Modelle in ihrer Entwicklung und Modifizierung zu skizzieren; immer wieder setzt der Autor zu neuen Variationen an, um Schlüsse daraus zu ziehen, was geschieht, wenn Regierung (Regierung wird meist im angelsächsischen Sinne gebraucht) und Bürger oder nur Regierung (sie kann auch eine Koalitionsregierung sein) rational handeln. Überraschende Konklusionen überraschen den Leser: so wenn gezeigt wird, daß ein «rationales Verhalten seitens der Parteien dahin tendiert, die Wähler vom rationalen Verhalten abzubringen» (S.132). Aber vollkommene Irrationalität auf der Seite der Wähler müßte letztlich zum Zusammenbruch des politischen Systems führen. Daran sind aber die Parteien nicht interessiert, weil sie ja Nutzen aus eben diesem System ziehen. Downs sieht sich gezwungen, die «harte» Rationalität zu mindern; es geht nur noch um einen möglichst hohen Grad von rationalem Handeln.

In der ökonomischen Theorie der Demokratie kommt den Informationen und ihren Gestehungskosten hohe Bedeutung zu. Der Autor zeigt dann bei der Nutzung der Informationen auf ein entscheidendes Element der Modell-Demokratie: «In der Regel ist es irrational, politisch gut informiert zu sein, denn die niedrigen Erträge der Daten rechtfertigen einfach nicht, was sie an Zeit und anderen knappen Mitteln kosten. Daher geben sich viele Wähler nicht die Mühe, vor der Wahl ihre eigenen wahren Absichten festzustellen, und die meisten Bürger sind nicht gut genug informiert, um die Formulierung der politischen Pläne ... zu beeinflussen. Diese Ergebnisse zeigen, daß eine echte politische Gleichheit auch in Demokratien unmöglich ist, solange 1. Ungewißheit herrscht, 2. es eine Arbeitsteilung gibt und 3. die Menschen rational handeln» (S.253).

Downs' Werk mag den Historiker zunächst befremden, weil ihm die von Downs' verwendete Marginalanalyse nicht vertraut ist. Aber Downs' Thesen brauchen nicht nur die Verifizierung durch die Geschichte, sie vermögen auch die Fragestellungen der Geschichte zu befruchten, auch wenn der Raum, den sie der Abstraktion im Stile von Downs' einräumen kann, sehr gering ist.

«Das *Eliteproblem im politischen Liberalismus*», so lautet die unter D. Bracher entstandene Dissertation von Kurt Klotzbach<sup>18</sup>. Obschon dieses

---

<sup>18</sup> *Ein Beitrag zum Staats- und Gesellschaftsbild im politischen Liberalismus*; Staat und Politik, Band 9, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1966, 133 S.

Thema erst vor kurzem (J. H. Knoll, Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie)<sup>19</sup> behandelt worden ist, kann ihm doch der Autor ganz neue, von Knoll und andern das Thema ebenfalls behandelnden Autoren vernachlässigte Aspekte abgewinnen. Nur schade, daß er sich nicht mit Knolls Thesen auseinandersetzt, und zwar selbst dort nicht, wo er denselben Gegenstand behandelt. Klotzbachs Einstellung ist wie die Knolls kritisch. Die Liberalen erscheinen als politische Gruppe, die versagt haben; einesteils weil ihr apolitisches Ideal der harmonischen Persönlichkeit sie politisch handlungsunfähig mache, andernteils weil sie sich als rein wirtschaftlich orientierte Privilegiengruppe bloß noch mit eigener Interessenpolitik befaßt und darum im Zeitalter der Massendemokratie keine neuen Leitbilder entwickelt und sich nicht für eine verbreiterte Rekrutierungsbasis der mündig gewordenen Arbeiterschaft eingesetzt hätten, mit Ausnahme etwa eines Naumann, auf den Klotzbach eingeht. Obschon sich der Autor bemüht, das liberale Staats- und Gesellschaftsbild mit den *Realitäten* zu konfrontieren, bleiben diese doch etwas schemenhaft. Denn die neueren Forschungen über die Interessenstruktur der deutschen Politik im 19. Jahrhundert samt den neuen Resultaten über die faktische Elitebildung bleiben unberücksichtigt, zum Teil wohl auch deshalb, weil sie noch nicht greifbar waren.

Wer Hans Rosenbergs «*Große Depression und Bismarckzeit*»<sup>20</sup> gelesen hat, wird dem Vorwurf des Verfassers, daß sich die altüberlieferte diplomatische und Geistesgeschichte oft mit dem Abtasten der geschichtlichen Oberfläche begnüge, seine Zustimmung nicht vollkommen versagen können. Nach einem für jeden Historiker sehr lesenswerten Einleitungskapitel über die langen Wechsellagen der Wirtschaft, in der Rosenberg die theoretischen Grundlagen seiner folgenden Untersuchungen begründet, illustriert der Verfasser seine These von der Interdependenz wirtschaftlicher und außerwirtschaftlicher Faktoren anhand der großen Wirtschaftskrise von 1873–1896. Er weist zunächst auf die Parallelität zwischen dem deutschen sowie dem österreichischen Liberalismus und dem Konjunkturaufschwung der sechziger Jahre bis zum Umschwung 1873 hin. Der gegenläufige Aufschwung der konservativen Parteien, insbesondere der antisemitischen Gruppen, in der großen Depression erscheint wie das Gegenbild zum konjunkturbedingten liberalen Aufschwung der vorhergehenden Periode. Diese These wird erhärtet durch den Nachweis der rein «depressionsorientierten» Wirtschaftspolitik der krisengeschädigten Gruppen, der Unternehmer, Agrarier und Gewerbler (Schutz-zoll- und Sozialpolitik). Rosenberg weist aber nicht nur die auffallende Parallelität von Wirtschaftszyklen und Wirtschaftspolitik nach, sondern auch diejenige von Wirtschaftslagen und Außenpolitik, ja geistiger Neuorientierung. Dabei werden besonders charakteristische Züge der politischen und geistigen

<sup>19</sup> Vgl. Schw. Zs. f. Gesch. 1961, S. 404 ff.

<sup>20</sup> HANS ROSENBERG, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*. Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin..., Band 24, 301 S., Walter de Gruyter & Co., Berlin 1967.



Struktur aus den wirtschaftlichen Eigenarten des damaligen Konjunkturabschwungs wie folgt hergeleitet: Die Krise führt nicht zu einem langfristigen wirtschaftlichen Niedergang, sondern nur zu einem *verlangsamtem Wachstum* mit Preisrückgang, doch mit steigendem Reallohn! Diese Situation hat nach Rosenberg die Anpassung der von der Krise Betroffenen erschwert und darum eine pessimistische Grundstimmung verbreiten helfen. Der kritische Leser mag sich fragen, ob die Tendenz zur konsequenten Parallelisierung von «Unterbau und Überbau» nicht zu üblem Vulgärmarxismus führe, und ob dabei nicht gewisse Dinge zurechtgestutzt werden müßten. Tatsächlich lassen sich nicht alle nichtwirtschaftlichen Phänomene befriedigend aus der Depression erklären. Das fällt am meisten im Kapitel über die Sozialpolitik auf. Doch ist sich der Autor der Begrenztheit seiner Methode durchaus bewußt. Er sieht in ihr vor allem eine Orientierungshilfe «für die Bestimmung der Epochenströmungen und damit auch für die Aufweisung struktureller Ähnlichkeiten, Zugehörigkeiten und die Verdeutlichung von quantitativen und qualitativen Sinn-Zusammenhängen zwischen den über längere Zeiträume sich erstreckenden Entwicklungstendenzen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik». Das teilweise von Max Weber inspirierte Suchen nach *Sinnzusammenhängen* scheint mir eine der wenigen, heute fruchtbaren Alternativen zur allzu verengenden «histoire événementielle» einerseits und zur marxistischen Geschichtsbetrachtung andererseits. Die drei in der Folge rezensierten Bücher, die alle Themen aus demselben und dem folgenden Zeitraum behandeln, hätten an Kontur noch gewonnen, wenn sie diese Interdependenz besser herausgearbeitet hätten.

Hans-Jürgen Puhle legt mit seiner Dissertation «*Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus*» eine methodisch vorzügliche und inhaltlich fesselnde Studie vor, die zeigt, was eine soziologisch und politologisch orientierte Geschichtswissenschaft heute zu leisten vermag<sup>21</sup>. Die Richtung, in der Puhle seine Erkenntnisse sucht, ist zwar schon durch die Dissertation von E. Kahn vorgezeichnet, der 1925 die «Entwicklung der konservativen Partei von einer Moralpartei zu einer Agrarpartei» beschrieben hat. Puhle vertieft diesen Ansatz, in dem er das Parteiproblem ganz in dasjenige der *agrarischen Interessenpolitik* einbettet und zu diesem Zweck soziologische, ideologische und politologische Aspekte fruchtbar miteinander verknüpft. Im Mittelpunkt steht die Darstellung des 1893 gegründeten «*Bundes der Landwirte*». Eine Analyse seiner Organisation, seiner Agitationsmittel und seines Führungsstabes ergibt, daß wir in dieser von konservativer Seite gegründeten Interessengruppe das Modell einer neuen Pressure Group im Wilhelminischen Deutschland vor uns haben, welche die kaiserliche Regierung aufs heftigste bekämpft, obschon sie die Monarchie grundsätzlich be-

---

<sup>21</sup> Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1966, 365 S.

jaht. Der eigentliche Anlaß zur Gründung des Bundes liegt in Caprivis Zollpolitik, die bei den Konservativen «das bittere Gefühl entstehen läßt, daß man für loyale und treue Unterstützung ungerechte Behandlung erfährt». Darum die Verschmelzung des eigentlich Unvereinbaren, des konservativen Selbstverständnisses mit radikaler Interessenpolitik, die sich bezeichnend etwa in folgendem Satz ausdrückt: «Wir müssen aufhören, liberal, ultramontan oder konservativ zu sein und zu wählen, vielmehr müssen wir uns zu einer einzigen, großen agrarischen Partei zusammenschließen und dadurch mehr Einfluß auf die Parlamente und die Gesetzgebung zu gewinnen suchen.» Der Verfasser macht mit Recht aufmerksam, daß sich infolge dieser Methoden- und Zielverschiebung der verfassungsmäßig vorgesehene Schwerpunkt der deutschen Innenpolitik fast naturnotwendig von der Exekutive auf die Legislative verlagert habe, obschon der «Bund der Landwirte» radikal antiparlamentarisch gewesen sei.

Puhle betrachtet es als die Hauptaufgabe seiner Untersuchung zu zeigen, wie dieser Ziel- und Methodenwandel eine neue Ideologie bedingt, und wie diese sich auf den Wandel der konservativen Politik zwischen 1893 und 1914 auswirkt. Die Basis der Agrarierideologie beruht ökonomisch auf der «harmonistischen Theorie», wonach die ehemals harmonische Volkswirtschaft durch die Industrie aus dem Gleichgewicht gebracht worden sei. Dabei wird aber das Angriffsobjekt der agrarischen Politik auf das «internationale jüdische Großkapital» reduziert und damit grünes Licht für den militanten agrarischen Antisemitismus samt der eng zu ihm gehörenden «Rassen-, Blut- und Boden-Theorie» und der Mittelstandsideologie gegeben. Puhles aufschlußreiche Abschnitte über die Genese des Mittelstandsbegriffs wären dahin zu korrigieren, daß dieser nicht erst unter dem Einfluß der Agrarier ein politisches Kampfinstrument geworden ist, sondern – im Dienste der Gewerbler – schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Verfasser weist anhand der Politik des Bundes schlüssig nach, daß der deutsche Konservatismus sich schon im ausgehenden 19. Jahrhundert im völkischen Nationalismus aufgelöst habe und nicht erst in den zwanziger Jahren. Die biologisierte Kampfideologie der Agrarier habe mehr zur Brutalisierung der Vorkriegspolitik beigetragen als der Wortradikalismus des de facto rein evolutionären Sozialismus und sei hiemit der eigentlich revolutionäre Faktor im wilhelminischen Deutschland. Hiezu wäre zu bemerken, daß die Defensivideologie der wirtschaftlich bedrängten alten Mittelstände nicht so isoliert betrachtet werden darf, wie das Puhle tut. Sie ist vielmehr als Abwehrideologie gegen die marxistische Prognose der unfehlbaren Proletarisierung der Mittelstände zu begreifen, so daß diese im Marxismus, der die Proletarisierungsdoktrin politisch ausschlachtete, nicht zu Unrecht eine tödliche Gefahr erblicken zu müssen glaubten.

Eine ausgezeichnete Ergänzung zu Puhles Analyse der agrarischen Interessenpolitik bildet *Hartmut Kälbles* «*Industrielle Interessenpolitik in der*

*Wilhelminischen Gesellschaft*»<sup>22</sup>. Es handelt sich im wesentlichen um die Geschichte des «Centralverbandes Deutscher Industrieller» (CVDI), während diejenige des Konkurrenzverbandes, des «Bundes der Industriellen» nur am Rande berührt wird. Kälbles ausgezeichnete Arbeit geht von drei Fragestellungen aus: vom Problem der Verbandsverfassung, das er in engen Zusammenhang mit der Aufgabenstellung und Aufgabenlösung des sich bildenden Spitzenverbandes betrachtet, und schließlich vom Aspekt seiner politischen Potenz im Zweiten Reich. In den beiden ersten Fragen lassen sich die erwarteten Parallelen zu den Spitzenverbänden anderer Länder aufweisen. Mit der Erweiterung des Tätigkeitsbereiches vom ursprünglich rein schutzzöllerisch interessierten Fachverband zum umfassenden Dachverband, der auf möglichst vielen Sektoren des öffentlichen Lebens Stellung zu beziehen hat und mit den Instanzen der Staatsverwaltung im Sinne eines «privaten Ministeriums für Industrie» immer enger zusammenarbeitet, läßt sich eine zunehmende Zentralisierung und Bürokratisierung des Verbandes feststellen. Je verschiedenartiger jedoch die zu vertretenden Interessen werden (Kartell-, Außenhandels-, Sozial-, Steuerpolitik usw.), desto mehr differenzieren sich innerhalb des Spitzenverbandes einzelne konkrete Interessenrichtungen heraus, die es in der Verbandspolitik auszubalancieren gilt.

Mit steigender Interessendiversität wird die einheitliche Stellungnahme in *politischen Fragen* umstrittener. Kälble sieht sich hier mit Recht veranlaßt, gewisse Mythen zu zerstören, so vor allem den von der Identität von Industrie und agrarischem Junkertum. Im Gegensatz zum Schutzzollbündnis, das die beiden Partner zu Bismarcks Zeiten in eine enge Allianz führt, gehen ihre Wege im 20. Jahrhundert immer deutlicher auseinander, so daß zum Beispiel das antisozialistische, auf konservativer Ideologie beruhende «Kartell der schaffenden Stände» scheitert. Ebenso wenig trifft es zu, wie Kälble schlüssig nachweist, daß der CVDI als geistiges Zentrum des deutschen Imperialismus betrachtet werden könne. Der Rassismus ist (abgesehen von agrarischen Kreisen) zum Beispiel wesentlich beim Alldeutschen Verband beheimatet, der, sozial gesehen, ein typisch klein- und bildungsbürgerlicher Verband ist. Der CVDI ist beim Alldeutschen Verband und ähnlich bei der deutschen Kolonialgesellschaft und beim Flottenverein nur bei der Gründung beteiligt, distanziert sich dann aber sehr deutlich von ihnen, ebenso wie von den konservativen Parteien. Der industrielle Imperialismusgedanke des CVDI besitzt einen ausschließlich wirtschaftlichen Inhalt. Dieser nähert sich im 20. Jahrhundert, parallel zu seiner Entfernung von agrarischen, konservativen und rein imperialistischen Gruppen, andern großbürgerlichen Interessenformationen wie dem «Bund der Industriellen» und dem «Deutschen Handeltag». Damit wird eine Konstellation möglich, wie sie sich um 1910 im «Hansebund» abzeichnet, und eine immer deutlichere Annäherung an die national-

---

<sup>22</sup> Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin..., Band 27, 268 S., de Gruyter, Berlin 1967.

liberale Partei. Kälble deutet freilich mit Recht an, daß diese Linksschwenkung im Ersten Weltkrieg zum Teil wieder rückgängig gemacht worden sei.

Die Literatur zum Thema des *Antisemitismus* beginnt unübersichtlich zu werden, und man fragt sich deshalb, ob auf diesem Gebiet nicht recht viel leeres Stroh gedroschen werde. Allein in den letzten paar Jahren sind weit über 100 Bücher zum Antisemitismus veröffentlicht worden. Ein beträchtlicher Teil befaßt sich freilich nur mit den nationalsozialistischen Judenverfolgungen. Daneben mehren sich die Deutungen, die psychoanalytische oder soziologische Methoden in ihren Dienst nehmen. Die Gefahr ist groß, daß man sich dabei vom konkreten Gegenstand, von den Juden, löst. Aber auch das Umgekehrte gilt; nur eine historische Interpretation, die soziologische und psychologische Fragestellungen zurate zieht, verdient heute noch Beachtung. Denn nur sie vermag den schon oft behandelten Stoff neu zu durchdringen. Das ist der Fall beim Werk des Briten *G. J. Pulzer*, das in Übersetzung vorliegt: «*Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914*<sup>23</sup>.»

Pulzer geht von der zweifellos richtigen These aus, daß Hitler den Antisemitismus nicht erst schaffen mußte, sondern als bereits tief verwurzelte Geisteshaltung vorfand. Wer die Bedeutung, die der Antisemitismus im Nationalsozialismus erhielt, begreifen will, muß also das «untergründige Überleben» einer viel älteren Bewegung studieren. Pulzers Hauptanliegen ist es zu zeigen, wie und warum die von einer ganz schmalen Bevölkerungsschicht getragene antisemitische Ideologie eine *derartige Breitenwirkung* gewinnen konnte. Welches sind die objektiven Voraussetzungen für dieses untergründige Wachstum, bei den Juden einesteils, bei den Antisemiten andernteils? Woher stammt und warum wächst die Bereitschaft, eine solche Ideologie zu bejahen?

Pulzer geht von der Voraussetzung aus, daß der neuzeitliche Antisemitismus mit dem Versagen des Liberalismus in Verbindung zu bringen sei. In Übereinstimmung mit Eva Reichmann nimmt er an, daß es dem Liberalismus nicht gelungen sei, die allgemeinen Erwartungen der Menschen zu erfüllen. Diese Betrachtungsweise hätte sinnvollerweise mit der Frage verbunden werden müssen, inwiefern im neuzeitlichen ein *vorliberaler Antisemitismus* weiterlebe. M. a. W.: erzeugt die Emanzipation der Juden, ihre rechtliche Gleichstellung, ihr wirtschaftlicher Aufstieg einen wirklich *neuartigen Antisemitismus*? Eleonore Sterling ist dieser Frage in ihrem Buch «*Er ist wie Du*» nachgegangen und hat dabei besonders auf die Säkularisierung eines ursprünglich mehr religiös begründeten Judenhasses hingewiesen. Pulzer begnügt sich mit dem Hinweis, daß die Grundzüge des Antisemitismus (romantischer Konservatismus, Antikapitalismus, Rassismus, Sadismus, Nihilismus) als ausgesprochene *Gegenbewegungen* zum *Liberalismus* verstanden werden müßten. Nach Sterling lägen aber diese Gegenkräfte schon beim Beginn

---

<sup>23</sup> Sigbert-Mohn-Verlag, Gütersloh 1966, 312 S.

der Emanzipation bereit! Eva Reichmann versucht diese Lücke insofern zu schließen, als sie den Antisemitismus des 19. Jahrhunderts als Begleiterscheinung eines falsch gesteuerten Assimilationsprozesses versteht.

Der eigentliche Wert von Pulzers Werk besteht darin, daß er im neuzeitlichen Antisemitismus eine besondere Ausdrucksform der *deutschen* und *österreichisch-ungarischen* Situation sieht. Bei aller Verschiedenheit der Entwicklung bemüht sich Pulzer, die Gemeinsamkeiten und die gegenseitige Beeinflussung aufzuweisen (Verschiedenartigkeit der nationalen Frage, des Parlamentarismus etc., also ungleiche Ursachen haben eine gleiche Wirkung). Methodisch geht der Autor einwandfrei vor. Er stellt zuerst die konservativen Intellektuellen als Schöpfer der antisemitischen Ideologie vor (Lagarde, Langbehn, Vogelsang, Treitschke etc.) und zeigt dann, wie diese durch Popularisatoren und Parteigründer (Boeckel, Ahlwardt, Lueger) in die breiten Massen getragen wird. Im Hinblick darauf, daß all diese verschiedenartigen Linien schließlich bei Hitler zusammenlaufen, scheint mir tatsächlich richtig, daß die deutsche und österreichische Entwicklung im 20. Jahrhundert nicht mehr getrennt betrachtet werden.

Gleichsam das Gegenbild zu Pulzers Antisemitismusbuch bietet *Ernest Hamburgers* geschichtlicher Überblick über die Tätigkeit der *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, 1848–1918*<sup>24</sup>. Deutschland hat die Juden, ähnlich wie die Schweiz, erst spät emanzipiert und ihnen noch zögernder Gastrecht in den Beamten- und Führungsgremien des öffentlichen Lebens gewährt, als es ihnen die bürgerliche Gleichberechtigung zubilligte. Wer die antisemitische Verleumdungskampagne gegen die «Verjudung» Deutschlands mit der geringen Anzahl von Juden vergleicht, die eine Stellung in den oben ange-deuteten Positionen bekleideten, wird bestürzt sein, wie winzig der reale Hintergrund des angeblichen Schreckgespenstes und wie wenig einheitlich dieses Judentum gewesen ist. Selbst der Vorwurf, die Juden hätten das höhere Bildungsleben beherrscht, bricht in sich zusammen, und zwar auch dann, wenn man die getauften Juden miteinbezieht. Ebenso winzig ist der Anteil der Juden am Richter- und Beamtenstand. Wie beschämend wirken da die angeblich von objektiver Warte aus gefällten Urteile etwa eines Paulsen über die «jüdische Infiltration» des höheren Unterrichts, um nur einen einzigen der vielen von Hamburger beigebrachten Belege zu zitieren!

Das will nun freilich nicht heißen, daß Juden im öffentlichen Leben nicht auch *Spitzenstellungen* eingenommen hätten, und daß sie durch wirtschaftliche Schlüsselstellungen nicht auch einen ihre geringe Zahl kompensierenden Effekt im politischen Leben besessen hätten. Hamburger verweist zum Beispiel auf die Wahlfinanzierung durch jüdische Banken, auf die jüdische Stellung innerhalb der deutschen Presse, zum Beispiel bei der Frankfurter Zeitung, oder im Annoncen- und Verlagswesen (Mosse, Ullstein usw.). Doch zeigt

---

<sup>24</sup> *Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit.* 595 S., J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968.

der *biographische* Teil, dem zwei Drittel des Werkes gewidmet sind, wie wenig jüdischer Einfluß sich irgendwo hätte konzentrieren können. Die Einwirkungsmöglichkeiten des jüdischen Journalismus scheinen sich gleichermaßen zu paralysieren, wenn man bedenkt, daß sie von so verschiedenartigen Organen wie der Frankfurter Zeitung und der Berliner Arbeiterpresse ausgegangen sind. Dasselbe läßt sich auch von den jüdischen Vertretern im Reichstag und in den legislativen Behörden der einzelnen Länder sagen. Der Schwerpunkt der jüdischen Repräsentation liegt bei Nationalliberalen und Sozialdemokraten. Man müßte schon die weiter oben erwähnte liberal-sozialistische Koalitionspraxis bei Stichwahlen untersuchen, um sich ein Urteil über den Einfluß der Juden in der Politik machen zu können. Die ausgezeichneten Kapitel über die zahlenmäßige Stärke der jüdischen Parlamentarier und ihre soziale Herkunft machen es auch von diesem Standort aus evident, daß sich die These von «jüdischen Drahtziehern» als böswillige Verleumdung entpuppt.

Die Quellen zur *Geschichte der industriellen Revolution*<sup>25</sup> umfassen einen Themenkreis, der weit über den engeren Begriff der «industriellen Revolution» hinausgeht. In einer knappen, aber umfassenden und dichten Einleitung von 35 Seiten wird der Standort der Autoren zur Abgrenzung des Gegenstandes sehr gut umrissen. Die Vorbemerkung zu den Quellen enthält eine Gliederung der Texte nach Sachgebieten. Man hätte entsprechende Zwischentexte und Unterteilungen auch innerhalb der 139 Quellen gewünscht. In einem ersten «Teil» steht der technische Aspekt der industriellen Revolution im Vordergrund (Dampfmaschinen, Eisenbahnen, Webstühle und Spinnmaschinen, Wissenschaften). Dann folgen Aspekte der institutionellen Seite (Gewerbeordnung, technischer Unterricht) und Fragen der Bevölkerung und Wanderungen. Die daran anschließenden Quellen beleuchten den sozialen Aspekt der industriellen Revolution (mit bekannten Quellen von Engels, Marx, Harkort, Robert von Mohl etc.). Im letzten «Teil» illustrieren die Quellen die technische Entfaltung der zweiten Jahrhunderthälfte (Elektrizität, Chemie, Rohöl). Den Schluß bilden historiographische Quellen, welche den Ort der industriellen Revolution im Geschehen der Neuzeit zu umreißen versuchen (Toynbee-Vater, Sombart, Schnabel etc.). Man sieht also, der Kreis ist wirklich weit gesteckt, was die Gegenstände betrifft, leider weniger weit, was die Herkunft und Qualität der Quellen angeht. Die deutschen Quellen und deutschen Autoren überwiegen, und vor allem scheint man sich über die Auswahl den Kopf nicht allzusehr zerbrochen zu haben. Bevölkerungszahlen stammen zum Beispiel aus dem Bevölkerungsplötz von 1958, aus der ersten Auflage von Woytinsky (1925) oder aus Thompson (1942). Die französische und amerikanische Wirtschaftsgeschichtsforschung ist kaum ver-

---

<sup>25</sup> Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Bd. 17, 285 S., Musterschmidt-Verlag 1966, unter der Leitung von WILHELM TREUE herausgegeben von H. PÖNICKE und K. H. MANNING.

treten. Man hätte sich in dieser Beziehung einen ähnlich weiten Horizont gewünscht, wie ihn das freilich etwas anders geartete Quellenbuch «Die soziale Frage» (ed. W. Fischer und G. Bajar) besitzt. Die Herausgeber schreiben nicht, wen sie sich als Leser denken. Aber es dürften wohl vor allem Schüler höherer Mittelschulen oder Studenten im ersten oder zweiten Semester sein.

Eine Lücke in der wirtschaftsgeschichtlichen Literatur der deutschen Sprache füllt die Dissertation von *Focko Eulen* «*Vom Gewerbefleiß zur Industrie*» aus<sup>26</sup>. Wie mancher andere soziale und wirtschaftliche Tatbestand der neuesten Zeit (Arbeit, Familie, Staat etc.) kann man auch das Phänomen *Industrie* erst ganz verstehen, wenn man seine Begriffsgeschichte kennt. Der Autor weist die drei recht verschiedenartigen Entwicklungen dieses Begriffs in Frankreich, England und im deutschen Sprachbereich nach. In Deutschland wird der Begriff zuerst im Sinne individuellen Fleißes verwendet, dann für den Fleiß zunftfreier Arbeiter in den Manufakturen und Fabriken (Gewerbefleiß), neben dem allgemeinen Streben nach moralischem und ökonomischem Fortschritt, schließlich als Gesamtheit der betrieblichen Anlagen zur Bewältigung der technischen und wirtschaftlichen Umwelt. – Der zweite Teil geht nun der staatlichen und privaten Gewerbefleißförderung im 18. Jahrhundert im deutschen Sprachgebiet nach und ermittelt, welchen Einfluß dabei einzelne geistige, soziale oder «menschenfreundliche» Bewegungen oder Gesellschaften auf die Ausbildung der industriellen Gesinnung besessen haben (zum Beispiel Bedeutung der Forderung nach zunehmender Realbildung, Industrieschulbewegungen, Merkantilismus, Kameralismus). Der Autor weist auf viele konkrete Einzelbeispiele, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren. So zeigt er etwa das internationale Echo, das die bernische ökonomische Gesellschaft gefunden hat. Im einen oder andern Fall werden unkonventionelle Geleise befahren, so in der Frage des calvinistischen Arbeitsethos, das nach Eulen auf die industrielle Gesinnung wohl weniger direkt gewirkt hat als die Marginalsituation der calvinistischen Puritaner und Nonkonformisten, denen die normalen Laufbahnen versperrt waren, und die den Berufswechsel als religiös und ethisch geboten betrachteten. Der Anhang zeichnet sich durch einige wertvolle Quellen und eine internationale Übersicht über alle ökonomischen und patriotischen Gesellschaften aus.

Eine wertvolle Ergänzung zum besprochenen Band bildet die Dissertation *Joachim Runges* «*Justus Möser's Gewerbetheorie und Gewerbepolitik im Fürstentum Osnabrück in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts*»<sup>27</sup>. Die Arbeit setzt sich aus zwei Teilen zusammen, aus einer Würdigung von Justus Möser's Lehre und Praxis und aus einer umfassenden Bestimmung des Standortes, den Möser in Theorie und Praxis, in den Geistesströmungen des 18. Jahrhunderts und in Staatslehre und Politik einnimmt. Das Schwergewicht liegt

---

<sup>26</sup> Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, ed. W. FISCHER, R. BRAUN u.a., Duncker und Humblot, Berlin 1967.

<sup>27</sup> (Band 2 der erwähnten Reihe), 161 S. Duncker und Hublot, Berlin 1967.

auf seiner Tätigkeit als Gewerbe- oder Handwerkspolitiker. Sie war in der bisherigen Möser-Literatur mehr oder weniger ausgeklammert worden. Der Autor weist überzeugend nach, daß Möser als Verfechter des Ständestaates nur zu begreifen ist, wenn man seinen Wunsch, die mittelalterliche Handwerksordnung mehr oder weniger zeitgemäß zu restaurieren, verstehe. Darum seine eindeutige Stellungnahme gegen das Manufaktur- und Fabrikwesen, wenn es nicht im Sinne gewisser Verlagssysteme mit zünftischen Schranken verbunden wäre. Gewisse reaktionäre Postulate wie die Rückführung des Handwerks vom Lande in die Stadt lassen es begreiflich erscheinen, daß Möser auf die Ständeideologie der Romantik so stark gewirkt hat. Doch konfrontiert der Autor die Ansichten Mösers sorgfältig mit den realen gewerblichen und gewerbepolitischen Verhältnissen Osnabrücks. Mit Recht zitiert er am Schluß Meineckes Urteil über Möser, der das erste Beispiel dafür sei, «wie die Andacht zum Kleinen sich vertiefen kann zu einer Weltansicht großen Stils».

*Manfred Erdmanns* Arbeit über die «*Verfassungspolitische Funktion der Wirtschaftsverbände in Deutschland 1851–1871*»<sup>28</sup> ist eine beinahe lexikographische geschichtliche Übersicht über die deutschen Verbände in Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie während des oben angegebenen Zeitraums. Der Autor geht recht schematisch vor, indem er sowohl für Branchen-, Landes- und Reichsverbände jeweiligen Geschichte, Mitgliedschaft, Zweck, Organisation und wirtschaftspolitische Tätigkeit zusammenfaßt. Auf diese Weise wird zwar ein regestenartiges, fast lückenloses Verbandsverzeichnis erstellt, aber weder eine geschichtlich noch soziologisch befriedigende Analyse geboten. Unerfindlich ist es, warum der Autor im Titel den Anspruch erhebt, über die *verfassungspolitische* Funktion der Verbände und über ihre Rolle in der Gesetzgebung schreiben zu wollen. Denn diesem Thema ist kein einziger zusammenhängender Abschnitt gewidmet.

Die «*Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914*» verspricht, wie aus dem Einführungsband<sup>29</sup> zu schließen ist, ein großartiges wissenschaftliches Werk zu werden. Sie ist auf elf Bände angelegt und ist dem Problemkreis Arbeiterschaft und Staat im Zweiten Deutschen Reich (1867 bis 1914) gewidmet, entsprechend der eingeschränkten Bedeutung, die der Begriff Sozialpolitik damals besitzt (Einschränkung auf die Lohnarbeiter). Neben die eigentlichen Quellenbände soll ein Statistikband (Demographie, wirtschaftliche und soziale Strukturen Deutschlands 1880–1914) und ein Registerband treten. In einem «systematisch-kritischen Überblick» vermittelt *K. E. Born*, der dank seiner Studie und entsprechenden Aktensammlungen über die nachbismarckische Sozialpolitik als Leiter des

---

<sup>28</sup> Sozialwissenschaftliche Abhandlungen, Heft 12, 272 S., Duncker und Humblot, Berlin 1968.

<sup>29</sup> Bearbeitet von *K. E. Born* und andern, begründet von *Peter Rassow* im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Franz-Steiner-Verlag, Wiesbaden 1966, 182 S.



Unternehmers prädestiniert erscheint, einen Eindruck von der Weite des Feldes, das beachtet werden soll, und von den verschiedenartigen Gattungen, die Berücksichtigung finden werden. Ein Blick auf die Abgrenzung dieses Feldes macht offensichtlich, daß der Kreis der Sozialpolitik sehr extensiv gefaßt wird. Sollen doch auch Quellen Aufnahme finden, die über die Lage der Arbeiter, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften, den sozialpolitischen Gehalt der Parteiprogramme, der kirchlichen und wissenschaftlichen Verlautbarungen, Aktenstücke der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik Auskunft geben. Gattungsmäßig werden neben Zeitungen, Jahresberichten, amtlichen Akten, Streitschriften, wissenschaftlichen Werken auch parlamentarische Debatten, Verbandsprotokolle, statistische Daten (zum Beispiel Lohn- und Streikstatistiken) ausgeschöpft. Ein sechzehnseitiges Fundstellenregister vermittelt einen Eindruck von der guten Vorbereitung dieser Studie, ebenso die von Born und Henning bearbeitete «*Chronologie der deutschen Sozialpolitik 1863 bis 1914*».

Wenn der Schweizer solche auf breiter Basis angelegten Untersuchungen zur Kenntnis nehmen muß, wenn er gleichzeitig in wissenschaftlichen Zeitschriften verfolgt, wie in fast allen der Schweiz vergleichbaren Ländern koordiniert und systematisch geforscht wird, dann droht ihn Resignation zu beschleichen. Das vorliegende Unternehmen steht unter der Leitung der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften; ein ähnliches (Untersuchungen über Gruppen und Verbände) unter einem Forschungsausschuß der «Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik»; ein drittes, über dessen Produktion wir uns oben geäußert haben, untersteht der «Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien». Was besitzt die Schweiz? Leider nicht die mindeste koordinierende Instanz, nachdem die Forschungskommission der AGGS aufgehoben worden ist. Man fühlt sich als isolierter Einzelforscher, verglichen mit den Anstrengungen anderer Länder und vor allem auch früherer Generationen, die noch ein Historisch-Biographisches Lexikon herauszugeben in der Lage waren, gleichsam in ein forschungsmäßiges Steinzeitalter zurückversetzt!

Einen besonderen Beitrag zur deutschen Sozialpolitik leistet *Georg Eckert*, Professor für Sozialgeschichte in Braunschweig, mit der Publikation von Briefen und Leitartikeln des Philosophen und Politikers Friedrich Albert Lange<sup>30</sup>. Lange, der einen Teil seiner Jugend in der Schweiz verbrachte und in den Entscheidungsjahren der Zürcher demokratischen Bewegung in Winterthur zusammen mit Bleuler den «Landboten» leitete, ist nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Deutschland fast ganz vergessen, obschon er sich seinerzeit als Philosoph mit seiner «Geschichte des Materialismus» einen Namen gemacht hatte. Wenn irgend jemand, so darf Lange als einer der Väter

---

<sup>30</sup> F. A. LANGE, *Über Politik und Philosophie, Briefe und Leitartikel 1862 bis 1875*. Walter-Braun-Verlag, Duisburg 1968, Bd. 10 der Duisburger Forschungen.

des heutigen «*demokratischen Sozialismus*» betrachtet werden. So wird man Eckert dankbar sein, daß er die längst verschüttete Quelle befreit und wieder zum Fließen gebracht hat. Dabei läßt er allerdings den für uns besonders aufschlußreichen Briefwechsel mit den Schweizer Freunden (zum Beispiel Salomon Bleuler) vorläufig noch weg, erwägt aber eine spätere Edition. Eckert rechnet Lange zusammen mit List nach einem Worte von Theodor Heuß zu den großen «Unzünftigen», die zwischen dem Streben nach praktischem Wirken und der Leidenschaft des schulfreien Denkens sich verzehren.

James Jolles, Oxfordener Historiker, der durch seine Publikation über die II. Internationale bekannt geworden ist, stößt mit seiner Darstellung «*Die Anarchisten*»<sup>31</sup> insofern auf Neuland vor, als bis jetzt eine befriedigende Gesamtdarstellung dieses Themas fehlte, wenn man von Coles monumentalem Werk über den Sozialismus absieht. Das in englischer Sprache verfaßte Werk wurde von A. Kellner gut übersetzt. Jolles' Darstellung befriedigt durch die lebendige, manchmal fast feuilletonistische Art der Erzählung. Es bietet auch dem gut orientierten Historiker etwas Neues, da es Gebiete, die bisher von der großen Heerstraße der Sozialgeschichte etwas abseits lagen, eingehend behandelt, zum Beispiel die Anfänge des italienischen Anarchismus (Cafiero, Costa, Malatesta) und die Geschichte des spanischen Anarchismus. In andern Bereichen bleibt Jolles aber im Konventionellen stecken oder verteilt die Akzente sehr einseitig. Für den französischen Anarchosyndikalismus stützt er sich zum Beispiel neben Maïtron nur auf Dolléans und Cole. Bakunin wird nach Carr behandelt; doch erscheint das Riesenwerk Guillaumes nur zweimal in einer Anmerkung, wie überhaupt der libertäre Sozialismus des Juras für Jolles nicht zu existieren scheint oder höchstens, insofern Bakunin ihn nach seiner Meinung befruchtet habe, was nur sehr bedingt der Fall war. Biglers Arbeit ist von Jolles offenbar nicht konsultiert worden. Die Rolle Guillaumes und Schwitzguébels tritt zurück gegenüber Netschajew, dessen Einfluß auf den Terrorismus überschätzt wird. Es stört, daß Jolles nirgends ein Literatur- und Quellenverzeichnis gibt. Man hätte gewünscht, daß er sich etwas mit der Primärliteratur befaßt hätte und etwa auch Werke wie diejenigen von Nettlau konsultiert hätte.

Die Ausführungen des bekannten österreichischen Journalisten Wolfgang Kraus, die 1966 unter dem Titel «*Der Fünfte Stand, [Aufbruch] der Intellektuellen in West und Ost*» erschienen sind, wirken heute schon leicht veraltet<sup>32</sup>. Kraus geht von seinen Erfahrungen aus, die er als Leiter der österreichischen Literarischen Gesellschaft mit den kulturellen Ost-West-Beziehungen gemacht hat. Der Autor spricht weniger von den Intellektuellen als einem Fünften Stand, sondern von den Möglichkeiten des Gesprächs zwischen den Intellektuellen der westlichen und östlichen Welt und von der geistigen Auflockerung im kommunistischen Bereich. Inzwischen ist die internationale

---

<sup>31</sup> 315 S., Propyläenverlag, Berlin o.J. (englische Originalausgabe 1964).

<sup>32</sup> Bern, München, Wien, Scherz-Verlag, 1966, 176 S.

Revolution der Jugend in Ost und West in Gang gekommen und hat die Szene vollkommen verändert.

Beim Lesen der Krausschen Gedanken wird einem erneut bewußt, wie wenig tragfähig eine rein dem Moment verhaftete Analyse der Intelligenz bleiben muß, wenn sie die historische Perspektive und vor allem die konkrete Entwicklung der Geisteswelt ausklammert. Man wird zum Beispiel die Ansätze geistiger Auflockerung im kommunistischen Bereich nicht verstehen, wenn man nicht weiß, auf wie weit zurückweisende Ansätze der russischen Geistesgeschichte sie sich stützen kann. S. V. Utechins Werk «*Geschichte der politischen Ideen in Rußland*» füllt in dieser Beziehung eine bisher immer als schmerzlich empfundene Lücke aus<sup>33</sup>. Utechins Geistesgeschichte reicht vom frühen Mittelalter bis in die Gegenwart. Sie geht ebenso den geistigen Wurzeln des Bolschewismus nach wie denen der Slawophilen und Westler, ferner denen des Populismus und des Anarchismus, der religiösen Erneuerer und der Reformisten. Einen Vorzug dieses Werkes möchten wir darin sehen, das der Verfasser dem Fortleben dieser dem Bolschewismus parallel laufenden Strömungen im 20. Jahrhundert besonders nachspürt. So vermag er die im heutigen Rußland wirkenden Oppositionstendenzen aus den Traditionen der gesamten russischen Geistesgeschichte abzuleiten. Man hätte es freilich geschätzt, wenn sich Utechin etwas mehr mit Berdjajews geistesgeschichtlichen Aspekten (Sinn und Schicksal des russischen Kommunismus) auseinandergesetzt hätte, und wenn er Lenins Geisteswelt etwas weniger einseitig von seinen russischen Vorgängern, sondern auch von Marx, Engels und Mach her verstanden hätte.

Wenn Geistesgeschichte als *Zeitungsgeschichte* betrieben wird, so muß sie sich, wenn sie zum Beispiel den Tatbestand des Massenpublikums erfassen will, für Fragestellungen der Sozialgeschichte öffnen. Freilich nicht im Sinne einer marxistischen Über- und Unterbautheorie, sondern im Hinblick auf die Erschließung zweier sich gegenseitig bedingender Dimensionen: der Öffentlichkeit als Leserpublikum und des Journalisten, der dieses zwar beeinflusst, aber von ihm auch abhängig ist. Es ist das Verdienst *Rolf Engelsings*, in seiner Habilitationsschrift die gegenseitige Abhängigkeit dieser beiden Aspekte der öffentlichen Meinung originell beleuchtet zu haben<sup>34</sup>. Der Autor leitet sein Werk durch zwei theoretisch-typologische Abschnitte ein. Im ersten erörtert er die Vielfalt der Leserkreise, ihre Leseerwartungen und ihren Lesestoff. Im zweiten gibt er eine allgemein gehaltene historische Typologie des Journalistenstandes. Der Hauptteil der Arbeit besteht in der minutiösen Zeitungs- und Journalistengeschichte einer klar umrissenen nordwestdeutschen Region (Bremen, Oldenburg, Nordhannover). Diese Beschränkung erlaubt dem Autor, vor allem dem *Anonymen*, das heißt einem der eigentlichen Gegenstände der Sozialgeschichte, nachzugehen, dem Massenlesestoff und

<sup>33</sup> Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, Kohlhammer, 1966, 304 S.

<sup>34</sup> *Massenpublikum und Journalistentum im 19. Jahrhundert in Nordwestdeutschland*. Schriften zu Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1, 305 S., Duncker und Humblot, Berlin 1966.

dem unbekanntem Durchschnittsjournalisten. Er analysiert dessen Ausbildung, seine berufliche Karriere und eventuelle spätere Berufswechsel. So vermag er zum Beispiel die historisch wechselnden typischen Rekrutierungsfelder der Journalisten recht klar abzugrenzen oder über das Verhältnis von Schriftsteller und Journalisten neue Erkenntnisse zu gewinnen. Wir stoßen da beispielsweise auf zwei für die schweizerische Volkswirtschaft bedeutsame Journalisten, Boehmert und Emminghaus, die beide in Norddeutschland tätig waren, bevor sie in der Schweiz ein Wirkungsfeld fanden. Diese Methode erlaubt es Engelsing, den üblicherweise allzu engen Rahmen der Zeitungsgeschichte, den wir bei R. Renschler kritisiert haben, zu sprengen. So bietet er zum Beispiel auch den bei R. Renschler vermißten statistischen Anhang.

Der Autor gliedert den von ihm betrachteten Zeitraum nach Perioden, die er mit der Aufklärung, der liberalen Demokratie und der Sozialdemokratie beginnen läßt. Der Versuch, diese zeitungsgeschichtlichen Umbrüche in einem theoretischen Bezugsrahmen zu verankern, vermag nicht durchwegs zu befriedigen. Denn Engelsing versperrt sich durch theoretische «Vor»-Urteile den Weg, das Material *sine ira et studio* zu verwerten. So führt sein antithetisches Verständnis der Periodenablösung zu simplifizierenden Urteilen wie etwa dem folgenden: «Ein Prinzip des 18. Jahrhunderts war Bildung gewesen, ein Prinzip des 19. Jahrhunderts wurde Öffentlichkeit.» Solche Gegenüberstellungen verleiten den Autor dann etwa – wohl unter dem Einfluß des typisch deutschen Begriffsgegensatzpaares «Kultur-Zivilisation» – in der Presse so etwas wie ein Abfallprodukt der höheren Kultur zu sehen!

Einen anderen, sozusagen den klassischen Aspekt der Sozialgeschichte behandelt *Heinrich Volkmann* mit seiner Dissertation «*Die Arbeiterfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1848–1869*»<sup>35</sup>. Der Autor will seinen Gegenstand klar abgrenzen von der bisher üblichen Ideengeschichte der sozialen Bewegung. Wenn er aber die Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der industriellen Arbeiterschaft in der «Sicht der Abgeordneten und ihrer Parteien» analysiert, ist er von der Ideengeschichte nicht so weit entfernt, wie er meint. Neu ist vor allem, daß er die *Ambiance*, in der sich die Meinungsbildung in sozialen Fragen vollzieht, erweitert und die Verwirklichung sozialer Postulate mehr als bisher üblich mit den politischen Kräfteverhältnissen und Interessenlagen in Beziehung setzt. Volkmann unterscheidet zwei Perioden der Sozialgesetzgebung: Die erste ist vorwiegend durch die 1848 geborene Revolutionsangst geprägt. Er charakterisiert sie als eine Art «Interessenpolitik der Arrivierten zum Schutze der bestehenden Ordnung». Ist dies nicht jede Sozialpolitik in gewisser Hinsicht? Ihre Eigenart liegt in der vorwiegend defensiven Haltung ihrer Urheber, welche die soziale Not nur darum bekämpfen, weil sie die Revolution fördern könnte. Die zweite Periode besitzt ihren Höhepunkt in den sechziger Jahren. Sie ist bedeutend fortschrittlicher ausgerichtet und gipfelt in der Gewerbeordnung von 1869 mit ihrer Koalitionsfreiheit. Neu ist,

<sup>35</sup> Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 13, 212 S., Duncker und Humblot, Berlin-München 1968.

daß sie zum Mittel der parteipolitischen Auseinandersetzung um die Führung der Massen wird, weil die sich befehdenden Parteien die Arbeiter als potentielle Bündnispartner betrachten und deshalb deren soziale Diskriminierung aufgeben. Der Autor analysiert genau, welche Kräfte in der Meinungsbildung der beiden Parteien ausschlaggebend sind: der Sachverstand der liberalen Unternehmer und Beamten einerseits und das «krasse Nebeneinander von sozialer Einsicht und Unverstand» bei den Konservativen andererseits. Die Arbeit hätte bedeutend gewonnen, wenn man sie mit der parteiinternen sozialpolitischen Meinungsbildung anderer Länder verglichen hätte, zum Beispiel mit dem Wettrennen um die Gunst der englischen Arbeiter, das sich zwischen 1867 und 1875 abspielt.

Dort, wo Volkmann mit seiner Betrachtung abbricht, setzt *Karl-Gustav Werner* mit seiner Untersuchung über «*Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft*» ein<sup>36</sup>. Werner gibt einen Längsschnitt, den er bis in die unmittelbare Gegenwart (1966) auszieht und unterscheidet dabei vier Perioden. Die erste, die bis zur Jahrhundertwende reicht, ist gekennzeichnet durch das Ringen um Anerkennung als Sozialpartner; was die Organisierung der Arbeitgeber notwendig macht und schließlich zu den ersten Tarifverträgen führt. Ähnlich wie in der Schweiz führt die Erprobung der Tarifverträge zunächst zu arbeitsmachtpolitischen Kraftproben und zur Betonung des Machtdenkens: Streik einerseits, Herr-im-Hause-Standpunkt andererseits. Der erste Reichstarifvertrag von 1910 wird mit Recht als eine Art Waffenstillstand nach einer vorhergehenden Kraftprobe verstanden. Trotz der zunehmenden gegenseitigen Anerkennung als Tarifpartner wird der Vertragsgedanke in der Weimarer Zeit durch erneute Politisierung überwuchert und durch die staatliche Zwangsschlichtung in Tarifkonflikten gleichsam seiner Kraft beraubt. In der Institutionalisierung des Tarifvertragssystems in der zweiten Nachkriegszeit erblickt der Autor eine fruchtbare Wiederaufnahme der Erfahrungen des Jahrhundertanfangs. Im Mittelpunkt von Werners Darstellung stehen *Organisationspolitik* und *Leistungen* der beiden Sozialpartner. Werner verarbeitet ein reichhaltiges Zahlenmaterial, um den allmählichen organisatorischen Ausbau von allerkleinsten Anfängen bis zum Spitzenverband IG Bau-Steine-Erden im DGB zu dokumentieren. Ebenso imponierend sind die materiell ausgezeichnet belegten Kapitel über Willensbildung, soziale Leistungen und politische Einflußnahme der Verbände.

Im Gegensatz zu «*Le grand espoir du XX<sup>e</sup> siècle*», das bereits zur sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Klassik gehört, bietet *Fourastiés* neues Werk über «*Die 40 000 Stunden*»<sup>37</sup> dem sozialgeschichtlich interessierten Leser wenig Greifbares. Der Autor setzt sich hier mit dem 21. Jahrhundert aus-

---

<sup>36</sup> Untersuchungen über Gruppen und Verbände, Bd. 9, 384 S., Duncker und Humblot, Berlin-München 1968.

<sup>37</sup> *Die 40 000 Stunden, Aufgaben und Chancen der sozialen Evolution*. 311 S., Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien 1966.

einander. Er zieht zwar wie im vorgenannten Werk auch historische Linien aus, und er betont, der Mensch brauche die Kenntnis der Vergangenheit um so notwendiger, je mehr er sich prospektiv mit der Zukunft befaßt. Doch vermißt man die Solidität der früheren Arbeiten Fourastiés. Vielfach werden einfach die Grundgedanken des «grand espoir» reproduziert. Am gehaltvollsten ist der mittlere Teil, der in nuce die Resultate einer französischen Planungskommission enthält, welche die Bedürfnisse auf dem Bildungs- und Bausektor im Hinblick auf das Jahr 1985 errechnet hat. Die «40 000 Stunden» lassen sich am besten mit einem Durchschnittsfilm vergleichen, der zwar einige Höhepunkte aufweist, aber doch im ganzen an der Oberfläche bleibt.

Eine kleine *Sozialgeschichte*<sup>38</sup> gibt *Karlheinz Brülls* heraus. Sie ist aus dem Unterricht an katholischen Fachschulen für Sozialarbeit herausgewachsen und entspricht den Bedürfnissen dieser Unterrichtsform. Es handelt sich im ersten Teil (bis zur Französischen Revolution) vorwiegend um wirtschaftsgeschichtliche Skizzen, untermauert mit zahlreichen Zitaten aus klassischen Werken. Der zweite Teil schildert zunächst die Französische Revolution und dann vorwiegend die katholisch- und evangelisch-soziale Bewegung neben kurzen Skizzen über Marx, Engels und die deutsche Sozialdemokratie. Der industriellen Revolution werden nur vier Seiten eingeräumt! Die dem Hörertypus des Sozialarbeiters notwendigerweise angepaßte Vereinfachung geht oft auf Kosten der historischen Richtigkeit.

*Emil J. Walter* legt in einem Werk mit dem Titel «*Soziologie der Alten Eidgenossenschaft*»<sup>39</sup> Resultate einer jahrelangen Beschäftigung mit verschiedenartigsten Quellen aus dem Ancien régime vor. Es handelt sich zum Teil um Stoffe, die der Autor für sein Werk «*Soziale Grundlagen der Entwicklung der Naturwissenschaften in der alten Schweiz*» gesammelt hatte. Wenn man sich im Geiste vergegenwärtigt, wie viel wertvolles Material im Text und in zahlreichen Tabellen in diesem Buch zu finden ist, dann ermißt man die von Walter beklagte sozialgeschichtliche Lücke in der Historiographie der Schweizergeschichte. Man möchte dem Autor zunächst danken für die Riesensumme an Arbeit, die er geleistet hat. Um so mehr bedauert man es, daß er nicht die Kraft, Ausdauer und Geduld gefunden hat, dieses Material – oder wenigstens Teile davon – so zu verarbeiten, daß die von ihm empfundene Lücke befriedigend geschlossen worden wäre. Er gesteht selbst: «Die vorliegende Arbeit stützt sich auf statistisches Quellenmaterial, das durch ein soziologisch-historisches Institut verarbeitet werden sollte. Daher müssen die Schlußfolgerungen, welche wir zu ziehen versuchen, mit allem Vorbehalt aufgenommen werden.»

Uns scheint, der Autor habe aus dem Gefühl, die riesige, dazu uneinheitliche und ungleichartige Stoffmasse nicht ganz meistern zu können, einen falschen Schluß gezogen. Entweder hätte er *einen* Aspekt herausgreifen und

<sup>38</sup> *Sozialkunde heute*, Band 3, 188 S., Paulus-Verlag, Recklinghausen.

<sup>39</sup> *Eine Analyse ihrer Sozial- und Berufsstruktur von der Reformation bis zur Französischen Revolution*. 304 S., Francke-Verlag, Bern 1966.

durch Vertiefung ein abgerundetes Ganzes vorlegen können (zum Beispiel das von ihm schon früher behandelte Gebiet des alten Handwerks und die Berufsschichtung), oder er hätte das Zahlenmaterial so gut als möglich vervollständigen müssen und die wirklich brauchbaren und vergleichbaren Tabellen als Beitrag zur *Statistik* der alten Schweiz vervielfältigen lassen können. Der Weg, den er schließlich eingeschlagen hat, mit vielen, vereinzelt Bruchstücken ein umfassendes Gebäude zu erstellen, hätte nur dann zu einem guten Ende geführt, wenn der Autor sämtliche vorhandene Literatur konsultiert und verarbeitet hätte. Nun macht er aber aus der Not eine Tugend und verhüllt die von ihm selbst eingestandenen Mängel mit der Theorie der «repräsentativen soziologischen Stichprobe», wonach «mehr oder weniger nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Einzelbeispiele der Tendenz nach dem *durchschnittlichen* Charakter einst vorhandener sozialer Verhältnisse wenigstens in großen Zügen zuverlässig zu beschreiben vermögen». Zugleich wird dem Historiker die Ablehnung von «statistischen Querschnittsbetrachtungen» und seine «buchstäbliche Akribie» vorgeworfen, wogegen der Soziologe die «allgemeinen historischen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge zu entdecken» wisse.

Hier scheint mir ein gefährliches Mißverständnis vorzuliegen. Die nach dem Zufallsprinzip angewendete repräsentative Stichprobe hat nur dann ihr Recht, wenn die statistische Masse so groß ist, daß jeder beliebige Zufall Garantie bietet, repräsentativ zu sein. Wenn Zufall aber darauf beruht, daß Quellen und Literatur nach dem Zufallsprinzip verwertet werden und man also gewärtigen muß, die wichtigsten Quellen nicht bemerkt zu haben, dann fehlt die Repräsentivität, und jede soziologische Synthese droht wertlos oder banal zu werden. Die zufälligen Funde gleichen einem Steinbruch, den man dem Historiker im Schlußkapitel zu Verwertung überweisen möchte.

Wir sind mit Walter einverstanden, daß von keinem Historiker erwartet werden kann, er könne alle irgendwie verwertbaren Quellen ausschöpfen. Doch ist es unabdingbar, daß er die *ganze* vorhandene moderne *Literatur* samt den dort angegebenen Quellen und weiterer Sekundärliteratur à fonds kenne. Ich muß mich auf einige wenige Beispiele beschränken, die aber repräsentativ für das Ganze sein dürften, was um so eher gestattet ist, als Walter «nur Werke in Fußnoten erwähnt, die zum Gedankengang unserer Arbeit beigetragen haben». Der *zweite Teil*, «*Die Dörfer*», krankt zum Beispiel daran, daß die klassische Literatur über die schweizerische Agrargeschichte nicht verarbeitet worden ist (W. Rappard, G. C. L. Schmidt, Karl Geiser, Rudolf Gmür, A. von Miaskowski, Friedrich von Wyß [Landgemeinden] etc.). Rudolf Brauns «*Industrialisierung und Volksleben*» wird zwar im Schlußkapitel einmal zitiert, ist aber nirgends wirklich ausgebeutet worden. Als empfindlichste Lücke müssen wir es bezeichnen, daß die zahlreichen Monographien über schweizerische Dörfer und Bezirke, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten entstanden sind, unbeachtet geblieben sind. Dagegen stützt sich Walter auf Sekundärliteratur, deren Verfasser keine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche

Absichten verfolgt haben, zum Beispiel auf Gutersohns «Geographie der Schweiz» und Weilenmanns «Pax Helvetica», die in seitenlangen Zitaten wiedergegeben werden. Und nun soll tatsächlich, was der Geograph Gutersohn von der Lavaux-Gegend sagt, repräsentativ sein für *alle* Weinbaudörfer der Schweiz, ihre Besitzverhältnisse, für die ganze soziale und politische Struktur? («Es würde zu weit führen, wenn wir die Weinbaulandschaften vom Genfersee mit andern Weinbaulandschaften, zum Beispiel vom Wallis, vom Zürichsee, vom Klettgau etc. vergleichen wollen», S. 36.) Ähnlich S. 85: «Es darf innerhalb gewisser Grenzen ohne weiteres angenommen werden, daß die im Kanton Zürich und in der Grafschaft Baden geltenden (Betriebsgrößen- und Bodenbesitz)-Verhältnisse auch in den andern Gebieten der alten Schweiz gelten.» Sorgfältige Konsultation der bestehenden Literatur und gezielte Suche nach entsprechenden Quellen hätten es erlaubt, mindestens einige weitere repräsentative Stichproben zu machen und ein wenigstens teilweise abgerundetes Bild zu geben.

Im dritten Teil, der von den *städtischen Siedlungen* handelt, sind die Lücken der «repräsentativen Stichprobe» weniger störend. Doch fehlt auch hier für die zahlreichen wertvollen Tabellen die richtige Auswertung, verschuldet vor allem durch mangelnde Vergleichbarkeit und fehlende konsequente Fragestellung. Doch findet man hier sehr aufschlußreiche und teilweise mit viel Akribie zusammengetragene Statistiken über die Vermögensverhältnisse der regierenden Familien, über arm und reich innerhalb der städtischen Bevölkerung und zahlreiche Berufstabellen. Hätte sich Walter auf einen Ausschnitt beschränkt, zum Beispiel die Oligarchisierung der schweizerischen Patriziate im 17. und 18. Jahrhundert aufgrund der Vermögens- und Berufstatistik, verbunden mit einer Analyse der Hintergründe ihrer politischen und militärischen Monopolstellung, wozu Ansätze vorhanden sind, so hätte er ein sehr begrüßenswertes Resultat erzielt. In der vorliegenden Form aber werden wir das Buch nur als wertvolles, doch zu wenig systematisch gegliedertes statistisches Quellenwerk benutzen können und zugleich hoffen, der Wunsch Walters nach einer abrundenden Synthese gehe bald in Erfüllung.

## ZUR NEU-EDITION VON AEGIDIUS TSCHUDIS «CHRONICON HELVETICUM»

Von BERNHARD STETTLER

Um 1570 hat Aegidius Tschudi (1505 bis 1572) in nicht ganz freiwilliger Muße seine Kollektaneen zu einer Darstellung der Schweizergeschichte von 1000 bis 1470 ausgearbeitet. Er hat damit eine Aufgabe erfüllt, die ihm als Angehörigen der gemeineidgenössischen «erbarkeit» großes Anliegen war.